



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Schweizerisches Handelsamtsblatt SHAB
Feuille officielle suisse du commerce FOSC
Foglio ufficiale svizzero di commercio FUSC
Swiss Official Gazette of Commerce SOGC

Rubrik: Mitteilungen an Gesellschafter
Unterrubrik: Einladung zur Generalversammlung
Publikationsdatum: SHAB 31.03.2023
Voraussichtliches Ablaufdatum: 31.03.2024
Meldungsnummer: UP04-0000004997

Publizierende Stelle
Stadler Rail AG, Ernst-Stadler-Strasse 1, 9565 Bussnang

Einladung zur ordentlichen Generalversammlung Stadler Rail AG

Betroffene Organisation:
Stadler Rail AG
CHE-101.581.089
Ernst-Stadler-Strasse 1
9565 Bussnang

Angaben zur Generalversammlung:
12.05.2023, 16:00 Uhr, Olma Messen / Halle 9 (Haupthalle)
CH-9008 St. Gallen

Einladungstext/Traktanden:
Das beiliegende PDF enthält die Einladung zur ordentlichen Generalversammlung der Stadler Rail AG vom 12. Mai 2023.

Generalversammlung 2023: Erläuterungen des Verwaltungsrats zur Revision der Statuten

(Umsetzung des revidierten Schweizer Aktienrechts)

Traktandum 11

Vorbemerkungen

Seit dem 1. Januar 2023 sind die Bestimmungen des revidierten Schweizer Aktienrechts in Kraft (nachfolgend "OR-Revision"). Diese beinhalten unter anderem eine Verbesserung der Corporate Governance, eine Stärkung der Aktionärsrechte und die Modernisierung der Bestimmungen zur Durchführung von Generalversammlungen. Zudem wird die am 1. Januar 2014 in Kraft gesetzte Verordnung gegen übermässige Vergütungen bei börsenkotierten Aktiengesellschaften auf Gesetzesstufe verankert, wobei punktuell Änderungen an den bisherigen Bestimmungen vorgenommen werden. Der Bundesrat hat die Mehrheit der neuen Bestimmungen auf den 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt. Gesellschaften wird eine Übergangsfrist von zwei Jahren gewährt, um ihre Statuten anzupassen.

Im Einklang mit den neuen Bestimmungen unterbreitet der Verwaltungsrat der Generalversammlung eine Revision der Statuten, die sowohl die Vorgaben der OR-Revision umsetzt wie auch aktuellen Best Practices im Bereich Corporate Governance Rechnung trägt.

Nachfolgend werden die vorgeschlagenen Statutenänderungen erläutert. Im Anschluss daran wird jede vorgeschlagene Änderung aufgelistet und der geltenden Bestimmung gegenübergestellt. Streichungen sind in roter, durchgestrichener Schrift, Neuerungen in blauer Schrift und Verschiebungen in grüner Schrift dargestellt. Referenzen in dieser Übersicht beziehen sich auf die neu nummerierten Statuten, wie sie vom Verwaltungsrat vorgeschlagen werden.

1. Erläuterungen zu den einzelnen Änderungen der Statuten der Stadler Rail AG

a. Artikel 2: Zweck

Mit der vorgeschlagenen Erweiterung wird die langfristige und nachhaltige Wertschöpfung und Wertsteigerung als zentral verankerter Grundwert der Stadler Rail AG in den Statuten festgehalten.

b. Artikel 4: Bedingtes Aktienkapital für Mitarbeiterbeteiligungen

Mit der vorgeschlagenen Ergänzung wird die neue gesetzliche Anforderung erfüllt, dass die Form der Ausübung der Wandel- oder Optionsrechte und des Verzichts auf diese Rechte in den Statuten anzugeben ist (Art. 653b Ziffer 7 OR).

c. Artikel 5: Kapitalband

In der OR-Revision wurde die Rechtsgrundlage für das sogenannte Kapitalband geschaffen, das funktional betrachtet unter anderem dem bisherigen (im neuen Recht gestrichenen) genehmigten Kapital entspricht. Unter dem Kapitalband ermächtigt die Generalversammlung den Verwaltungsrat, das im Handelsregister eingetragene Aktienkapital innerhalb einer bestimmten Bandbreite – gesetzlich zulässig sind 150% (obere Grenze) bis 50% (untere Grenze) – zu erhöhen oder herabzusetzen. Die Ermächtigung ist von Gesetzes wegen auf maximal fünf Jahre begrenzt. Die Generalversammlung hat das Recht, die Bezugsrechte der Aktionäre direkt zu entziehen, oder kann dieses Recht an den Verwaltungsrat delegieren, sofern sie die Gründe für den Entzug der Bezugsrechte in den Statuten ausdrücklich benennt. Das Kapitalband gewährt dem Verwaltungsrat unternehmerische Flexibilität, so z.B. bei der Beschaffung von Eigenkapital bzw. dem Bereitstellen von neuen Aktien für bestehende und neue Aktionäre oder bei der Beseitigung einer Überkapitalisierung. Das 2023 dahinfallende genehmigte Kapital der Stadler Rail AG wird mit dem neu eingeführten Kapitalband innerhalb der gesetzlichen Bestimmungen ersetzt.

d. Artikel 6: Aktienbuch, Beschränkungen der Übertragbarkeit

Der Wortlaut von Art. 6 wurde hinsichtlich der Voraussetzungen für die Eintragung von Erwerbern von Namenaktien ins Aktienbuch an die neuen gesetzlichen Regelungen angepasst.

e. Artikel 11: Befugnisse (der Generalversammlung)

In Art. 11 der Statuten wurden die neuen, zusätzlichen Kompetenzen der Generalversammlung aufgenommen (Art. 698 OR).

f. Artikel 12: Einberufung und Versammlung (der Generalversammlung)

Mit den Anpassungen in Artikel 12 wird die Möglichkeit virtueller (kein physischer Tagungsort) und hybrider (Möglichkeit der Ausübung von Aktionärsrechten auf elektronischem Weg bei Generalversammlungen mit physischem Tagungsort) Generalversammlungen sowie die Möglichkeit der gleichzeitigen Durchführung einer Generalversammlung an verschiedenen Orten geschaffen. Mit den Anpassungen in den Statuten werden die neuen strengen gesetzlichen Regeln zur Teilnahme an der Generalversammlung sichergestellt, und es wird gewährleistet, dass die Aktionäre bei allen Formen der Durchführung (physisch, hybrid und virtuell) die gleichen Rechte haben.

Es wird zudem der Schwellenwert für die Einberufung einer Generalversammlung von 10% des Aktienkapitals auf 5% des Aktienkapitals oder der Stimmen reduziert (Anpassung an den neu geltenden Schwellenwert). Auch wird der Schwellenwert für die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes von 5% des Aktienkapitals oder Aktien im Nennwert von mindestens CHF 1 Mio. auf 0.5% des Aktienkapitals oder der Stimmen reduziert (Anpassung an den neu geltenden Schwellenwert).

g. Artikel 13: Einberufungsverfahren (der Generalversammlung)

Art. 13 wurde betreffend den Inhalt der Einberufung einer Generalversammlung an die neuen gesetzlichen Regelungen angepasst. Mit der OR-Revision wurde zudem die Pflicht der Gesellschaft aufgehoben, den Geschäftsbericht und den Revisionsbericht am Sitz der Gesellschaft zur Einsicht aufzulegen. Diese Pflicht wurde in Artikel 13 entsprechend gestrichen und durch die neue gesetzliche Regelung ersetzt (Zugänglichmachung des Geschäftsberichts und des Revisionsberichts).

h. Artikel 15: Stimmrecht und Vertretung von Aktien (an der Generalversammlung)

In Abs. 3 dieses Artikels wurde die Referenz in Zusammenhang mit dem Depotvertreter an die geänderte Nummerierung im OR angepasst.

i. Artikel 17: Abstimmungen und Wahlen (an der Generalversammlung)

Die Ergänzungen in Art. 17 berücksichtigen die neuen gesetzlichen Regelungen betreffend technische Probleme, welche während einer Generalversammlung auftreten können sowie die neuen gesetzlichen Vorgaben betreffend die Zugänglichmachung der Beschlüsse und Wahlergebnisse.

j. Artikel 20: Befugnisse (des Verwaltungsrates)

Es ist eine Anpassung an die neuen gesetzlichen Bestimmungen in Bezug auf die erweiterten Pflichten des Verwaltungsrates in Zusammenhang mit einer Nachlassstundung notwendig.

k. Artikel 21: Sitzungen (des Verwaltungsrates)

Die OR-Revision sieht neu vor, dass das Protokoll vom Vorsitzenden und vom Protokollführer zu unterzeichnen ist, da die Benennung eines Sekretärs des Verwaltungsrates neu fakultativ ist.

l. Artikel 27: Genehmigung durch die Generalversammlung (Vergütung und damit zusammenhängende Bestimmungen)

Ein Zusatzbetrag (Vergütung) für Beförderungen innerhalb der Geschäftsleitung ist gemäss den neuen gesetzlichen Regelungen nicht mehr zulässig. Die entsprechende Bestimmung wurde in Art. 27 deshalb gestrichen.

m. Artikel 28: Externe Mandate (Vergütung und damit zusammenhängende Bestimmungen)

Der Wortlaut von Art. 28 wurde zur Klarstellung und Anpassung an die neue gesetzliche Regelung ergänzt und die bisherige Definition eines «Mandates» wurde durch die neue gesetzliche Definition ersetzt.

n. Artikel 29: Vereinbarungen mit Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung (Vergütung und damit zusammenhängende Bestimmungen)

Es ist eine Anpassung an die neuen gesetzlichen Regelungen hinsichtlich der maximal zulässigen Höhe der Entschädigung für Konkurrenzverbote notwendig.

2. Auflistung der vorgeschlagenen Änderungen der Statuten der Stadler Rail AG

Bestehende Fassung der Statuten	Vorgeschlagene Statutenänderung
Statuten der Stadler Rail AG	[<i>unverändert</i>]
1. Grundlagen Art. 1 Firma, Sitz und Dauer Unter der Firma Stadler Rail AG besteht eine Aktiengesellschaft gemäss Artikel 620 ff. des Schweizerischen Obligationenrechts ("OR") mit Sitz in Bussnang, Schweiz. Die Dauer der Gesellschaft ist unbeschränkt.	[<i>unverändert</i>]
Art. 2 Zweck (1) Die Gesellschaft kann Beteiligungen an anderen Unternehmungen erwerben, veräussern und verwalten sowie im In- und Ausland Tochtergesellschaften oder Filialen errichten. (2) Die Gesellschaft kann Dienstleistungen für andere Unternehmungen der Gruppe erbringen. Sie kann Darlehen gewähren und solche aufnehmen, soweit dies für die Erreichung des Hauptzweckes nötig oder dem wirtschaftlichen Gedeihen förderlich ist. Die Gesellschaft kann sämtliche mit dem Gesellschaftszweck zusammenhängenden Tätigkeiten entfalten. Sie kann Grundstücke erwerben und veräussern.	(1) [<i>unverändert</i>] (2) [<i>unverändert</i>] (3) Bei der Verfolgung ihres Zwecks strebt die Gesellschaft eine langfristige und nachhaltige Wertschöpfung und Wertsteigerung an.
2. Aktienkapital und Aktien Art. 3 Ordentliches Aktienkapital Das Aktienkapital der Gesellschaft beträgt CHF 20'000'000 und ist eingeteilt in 100'000'000 Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 0.20. Die Aktien sind vollständig liberiert.	[<i>unverändert</i>]

Art. 4 Bedingtes Aktienkapital für Mitarbeiterbeteiligungen (1) Durch Ausübung von Rechten oder Anwartschaften auf Erwerb von Aktien (Erwerbsrechte), die den Mitarbeitern oder Mitgliedern des Verwaltungsrates der Gesellschaft oder von Konzerngesellschaften oder anderen Rechtseinheiten, an denen die Gesellschaft direkt oder indirekt zu mindestens 50% beteiligt ist, im Rahmen der vom Verwaltungsrat reglementarisch festzulegenden Bedingungen gewährt werden, kann das Aktienkapital der Gesellschaft durch Ausgabe von höchstens 2'000'000 vollständig zu liberierenden Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 0.20 um maximal CHF 400'000 erhöht werden. (2) Das Bezugsrecht und das Vorwegzeichnungsrecht der Aktionäre sind ausgeschlossen. (3) Der Erwerb der Namenaktien gestützt auf diesen Artikel 4 und jede weitere Übertragung der Namenaktien unterliegen den Übertragungsbeschränkungen gemäss Artikel 6 dieser Statuten.	(1) Durch Ausübung von Rechten oder Anwartschaften auf Erwerb von Aktien (Erwerbsrechte) durch schriftliche Erklärung oder mittels elektronischer Mittel, die den Mitarbeitern oder Mitgliedern des Verwaltungsrates der Gesellschaft oder von Konzerngesellschaften oder anderen Rechtseinheiten, an denen die Gesellschaft direkt oder indirekt zu mindestens 50% beteiligt ist, im Rahmen der vom Verwaltungsrat reglementarisch festzulegenden Bedingungen gewährt werden, kann das Aktienkapital der Gesellschaft durch Ausgabe von höchstens 2'000'000 vollständig zu liberierenden Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 0.20 um maximal CHF 400'000 erhöht werden. (2) [<i>unverändert</i>] (3) [<i>unverändert</i>]
Art. 5 Genehmigtes Aktienkapital (1) Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, das Aktienkapital jederzeit bis zum 6. Mai 2023 im Maximalbetrag von CHF 2'000'000 durch Ausgabe von höchstens 10'000'000 vollständig zu liberierenden Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 0.20 zu erhöhen. Erhöhungen in Teilbeträgen sind gestattet. (2) Zeichnung und Erwerb der neuen Namenaktien sowie jede nachfolgende Übertragung der Aktien unterliegen den Übertragungsbeschränkungen gemäss Artikel 6 dieser Statuten. (3) Der Verwaltungsrat legt den Ausgabebetrag, die Art der Einlagen, den Zeitpunkt der Ausgabe, die Bedingungen der Bezugsrechtsausübung und den Beginn der Dividendenberechtigung fest. Dabei kann der Verwaltungsrat neue Namenaktien mittels Festübernahme durch eine Bank, ein Bankenkonsortium oder einen anderen Dritten mit anschliessendem Angebot an die bisherigen Aktionäre oder an Dritte ausgeben. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, den Handel mit Bezugsrechten zu ermöglichen, zu beschränken oder auszuschliessen. Nicht ausgeübte Bezugsrechte kann der Verwaltungsrat verfallen lassen oder diese bzw. die Aktien, für welche Bezugsrechte eingeräumt, aber nicht ausgeübt werden, zu Marktkonditionen platzieren oder	Art. 5 Kapitalband (1) Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, das Aktienkapital jederzeit bis zum 6. Mai 2023 im Maximalbetrag von CHF 2'000'000 durch Ausgabe von höchstens 10'000'000 vollständig zu liberierenden Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 0.20 zu erhöhen. Erhöhungen in Teilbeträgen sind gestattet. Die Gesellschaft verfügt über ein Kapitalband zwischen CHF 19'000'000 (untere Grenze) und CHF 22'000'000 (obere Grenze). Der Verwaltungsrat ist im Rahmen des Kapitalbands ermächtigt, bis zum 11. Mai 2026 oder bis zu einem früheren Dahinfallen des Kapitalbands das Aktienkapital einmal oder mehrmals und in beliebigen Beträgen zu erhöhen oder herabzusetzen oder Aktien direkt oder indirekt zu erwerben oder zu veräussern. Die Kapitalerhöhung oder -herabsetzung kann durch Ausgabe von bis zu 10'000'000 voll zu liberierenden Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 0.20 bzw. Vernichtung von bis zu 5'000'000 Namenaktien mit einem Nennwert von je CHF 0.20 oder durch eine Erhöhung bzw. Herabsetzung der Nennwerte der bestehenden Namenaktien im Rahmen des Kapitalbands erfolgen. (2) [<i>unverändert</i>]

anderweitig im Interesse der Gesellschaft verwenden. (4) Im Falle einer Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital nach Absatz 1 dieses Artikels ist der Verwaltungsrat ermächtigt, die Bezugsrechte der Aktionäre zu entziehen oder zu beschränken und einzelnen Aktionären oder Dritten zuzuweisen: a. sofern die Aktien für die Übernahme von Unternehmen, Unternehmensteilen oder Beteiligungen, den Erwerb von Produkten, Immaterialgüterrechten oder Lizenzen oder für die Finanzierung oder Refinanzierung solcher Transaktionen oder die Finanzierung von neuen Investitionsvorhaben der Gesellschaft verwendet werden; b. sofern die Aktien zum Zwecke der Erweiterung des Aktionärskreises in bestimmten Finanz- oder Investorenmärkten, im Zusammenhang mit der Kotierung von neuen Aktien an inländischen oder ausländischen Börsen oder zur Beteiligung von strategischen Partnern verwendet werden; c. im Fall nationaler oder internationaler (auch privater) Platzierung von Aktien mindestens zu Marktkonditionen zum Zwecke einer raschen und flexiblen Beschaffung von Eigenkapital, welche ohne Beschränkung oder Ausschluss des Bezugsrechts nur schwer oder zu wesentlich schlechteren Bedingungen möglich wäre; d. bei anderen wichtigen Gründen nach Artikel 652b Abs. 2 OR.	(3) Der Verwaltungsrat legt Im Fall einer Kapitalerhöhung nach Absatz 1 dieses Artikels legt der Verwaltungsrat die Anzahl Aktien, den Ausgabebetrag, die Art der Einlagen, den Zeitpunkt der Ausgabe, die Bedingungen der Bezugsrechtsausübung und den Beginn der Dividendenberechtigung fest. Dabei kann der Verwaltungsrat neue Namenaktien mittels Festübernahme durch eine Bank, ein Bankenkonsortium oder einen anderen Dritten mit anschliessendem Angebot an die bisherigen Aktionäre oder an Dritte ausgeben. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, den Handel mit Bezugsrechten zu ermöglichen, zu beschränken oder auszuschliessen. Nicht ausgeübte Bezugsrechte kann der Verwaltungsrat verfallen lassen oder diese bzw. die Aktien, für welche Bezugsrechte eingeräumt, aber nicht ausgeübt werden, zu Marktkonditionen platzieren oder anderweitig im Interesse der Gesellschaft verwenden. (4) Im Falle einer Kapitalerhöhung aus genehmigtem Kapital nach Absatz 1 dieses Artikels ist der Verwaltungsrat ermächtigt, die Bezugsrechte der Aktionäre zu entziehen oder zu beschränken und einzelnen Aktionären oder Dritten zuzuweisen: [...] a. [unverändert] b. [unverändert] c. [unverändert] d. [unverändert] (5) Erhöht sich das Aktienkapital aufgrund einer bedingten Kapitalerhöhung nach Artikel 4 dieser Statuten, so erhöhen sich die obere und die untere Grenze des Kapitalbands entsprechend dem Umfang der Erhöhung des Aktienkapitals. (6) Bei einer Herabsetzung des Aktienkapitals im Rahmen des Kapitalbands legt der Verwaltungsrat, soweit erforderlich, die Verwendung des Herabsetzungsbetrags fest. Der Verwaltungsrat kann den Herabsetzungsbetrag auch zur teilweisen oder vollständigen Beseitigung einer Unterbilanz im Sinne von Art. 653p OR verwenden oder das Aktienkapital im Sinne von Art. 653q OR gleichzeitig herabsetzen und mindestens auf den bisherigen Betrag erhöhen.
--	--

Art. 6

Aktienbuch, Beschränkungen der Übertragbarkeit

- (1) Die Gesellschaft führt ein Aktienbuch, in welches die Eigentümer und Nutzniesser mit Vor- und Nachnamen (bei juristischen Personen die Firma), Adresse und Staatsangehörigkeit (bei juristischen Personen der Sitz) eingetragen werden. Wechselt eine im Aktienbuch eingetragene Person ihre Adresse, so hat sie dies der Gesellschaft mitzuteilen.
- (2) Erwerber von Namenaktien werden auf Gesuch hin ohne Begrenzung als Aktionäre mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragen, falls sie ausdrücklich erklären, dass sie die Aktien im eigenen Namen und auf eigene Rechnung erworben haben.
- (3) Personen, die im Eintragungsgesuch oder auf Aufforderung der Gesellschaft nicht ausdrücklich erklären, die Aktien für eigene Rechnung zu halten ("Nominees"), werden ohne Weiteres bis maximal 5% des jeweils ausgegebenen Aktienkapitals als Aktionär mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragen. Über diese Limite hinaus werden Nominees mit ihren Namenaktien nur dann mit Stimmrecht eingetragen, wenn der betreffende Nominee beim Gesuch zur Eintragung oder danach auf Aufforderung der Gesellschaft die Namen, Adressen und Aktienbestände derjenigen wirtschaftlichen Berechtigten bekannt gibt, für deren Rechnung er 1% oder mehr des jeweils ausstehenden Aktienkapitals hält, und wenn die Meldepflichten gemäss dem Bundesgesetz über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastukturgesetz, FinfraG) erfüllt werden. Der Verwaltungsrat kann mit einem solchen Nominee einen Vertrag abschliessen, welcher insbesondere die Bekanntgabe der wirtschaftlich Berechtigten näher regelt und Bestimmungen über die Vertretung von Aktionären und die Stimmrechte enthält. Der Verwaltungsrat kann die Eintragung von Stimmrechten verweigern, bis der Nominee einen solchen Vertrag unterzeichnet hat. Im Sinne dieser Statuten (i) ist ein "Nominee" ein Finanzintermediär, der im Eintragungsgesuch nicht ausdrücklich erklärt, dass er die Aktien für eigene Rechnung hält, insbesondere eine Verwahrungsstelle, ein Nominee einer solchen Verwahrungsstelle, eine Hinterlegungsstelle, oder ein Nominee einer solchen Hinterlegungsstelle; und (ii) umfasst ein "wirtschaftlich Berechtigter" insbesondere einen wirtschaftlich Berechtigten an Depositary Interests oder Depositary Receipts für Aktien der Gesellschaft.
- (4) Der Verwaltungsrat kann nach Anhörung des eingetragenen Aktionärs oder Nominees dessen

- (1) [unverändert]
- (2) Erwerber von Namenaktien werden auf Gesuch hin ohne Begrenzung als Aktionäre mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragen, falls sie ausdrücklich erklären, dass sie die Aktien im eigenen Namen und auf eigene Rechnung erworben haben, **keine Vereinbarung über die Rücknahme oder die Rückgabe entsprechender Aktien besteht und sie das mit den Aktien verbundene wirtschaftliche Risiko tragen.**
- (3) Personen, die im Eintragungsgesuch oder auf Aufforderung der Gesellschaft nicht ausdrücklich ~~erklären, die Aktien für eigene Rechnung zu halten ("Nominees")~~, **die Erklärungen gemäss Absatz 2 dieses Artikels abgeben**, werden ohne Weiteres bis maximal 5% des jeweils ausgegebenen Aktienkapitals als Aktionär mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragen. Über diese Limite hinaus werden Nominees mit ihren Namenaktien nur dann mit Stimmrecht eingetragen, wenn der betreffende Nominee beim Gesuch zur Eintragung oder danach auf Aufforderung der Gesellschaft die Namen, Adressen und Aktienbestände derjenigen wirtschaftlichen Berechtigten bekannt gibt, für deren Rechnung er 1% oder mehr des jeweils ausstehenden Aktienkapitals hält, und wenn die Meldepflichten gemäss dem Bundesgesetz über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastukturgesetz, FinfraG) erfüllt werden. Der Verwaltungsrat kann mit einem solchen Nominee einen Vertrag abschliessen, welcher insbesondere die Bekanntgabe der wirtschaftlich Berechtigten näher regelt und Bestimmungen über die Vertretung von Aktionären und die Stimmrechte enthält. Der Verwaltungsrat kann die Eintragung von Stimmrechten verweigern, bis der Nominee einen solchen Vertrag unterzeichnet hat. Im Sinne dieser Statuten (i) ist ein "Nominee" ein Finanzintermediär, der im Eintragungsgesuch nicht ausdrücklich erklärt, dass er die Aktien für eigene Rechnung hält, insbesondere eine Verwahrungsstelle, ein Nominee einer solchen Verwahrungsstelle, eine Hinterlegungsstelle, oder ein Nominee einer solchen Hinterlegungsstelle; und (ii) umfasst ein "wirtschaftlich Berechtigter" insbesondere einen wirtschaftlich Berechtigten an Depositary Interests oder Depositary Receipts für Aktien der Gesellschaft.

Eintragung im Aktienbuch mit Rückwirkung auf das Datum der Eintragung streichen, wenn diese durch falsche Angaben zustande gekommen ist. Der Betroffene muss über die Streichung sofort informiert werden. (5) Die Eintragungsbeschränkungen gemäss diesem Artikel kommen auch bei der Ausübung von Bezugs-, Vorkaufs-, Options- oder Wandelrechten zur Anwendung. (6) Juristische Personen und Personengesellschaften oder andere Personenzusammenschlüsse oder Gesamthandsverhältnisse, die untereinander kapital- oder stimmenmässig, durch einheitliche Leitung oder auf andere Weise verbunden sind, sowie natürliche oder juristische Personen oder Personengesellschaften, die im Hinblick auf eine Umgehung der Bestimmungen über die Nominees (insbesondere als Syndikat) koordiniert vorgehen, gelten als ein Aktionär oder ein Nominee. (7) Die Gesellschaft kann in besonderen Fällen Ausnahmen von den obgenannten Beschränkungen (Artikel 6 Abs. 3, Abs. 5 und Abs. 6) bewilligen. (8) Solange ein Erwerber nicht Aktionär mit Stimmrecht im Sinne dieses Artikel 6 geworden ist, kann er/sie weder die entsprechenden Stimmrechte noch die mit diesen in Zusammenhang stehenden Rechte wahrnehmen.	(4) [<i>unverändert</i>] (5) [<i>unverändert</i>] (6) [<i>unverändert</i>] (7) [<i>unverändert</i>] (8) [<i>unverändert</i>]
Art. 7 Aktienzertifikate und Bucheffekten (1) Die Gesellschaft gibt ihre Namenaktien in Form von Einzelurkunden, Globalurkunden oder Wertrechten aus. (2) Der Gesellschaft steht es im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben frei, ihre in einer dieser Formen ausgegebenen Aktien jederzeit und ohne Zustimmung der Aktionäre in eine andere Form umzuwandeln. Die Gesellschaft trägt dafür die Kosten. (3) Ein Aktionär hat keinen Anspruch auf Umwandlung von in bestimmter Form ausgegebenen Aktien in eine andere Form. Jeder Aktionär kann jedoch von der Gesellschaft jederzeit die Ausstellung einer Bescheinigung über die von ihm gemäss Aktienbuch gehaltenen Namenaktien verlangen. (4) Eine Verfügung über Aktien in der Form von Wertrechten, die nicht im Hauptregister einer Verwahrungsstelle eingetragen sind, erfolgt durch schriftliche Abtretungserklärung und setzt zu ihrer Gültigkeit voraus, dass sie der Gesellschaft angezeigt wird. Im Unterschied dazu erfolgt eine	[<i>unverändert</i>]

Verfügung über Aktien, die in der Form von Bucheffekten auf der Grundlage von im Hauptregister einer Verwahrungsstelle eingetragenen Wertrechten bestehen, ausschliesslich durch Buchungen in Effektenkonten gemäss anwendbarem Recht, ohne Notwendigkeit einer Anzeige an die Gesellschaft; eine Verfügung solcher Aktien durch Abtretung ohne entsprechende Buchung in einem Effektenkonto ist ausgeschlossen.	
Art. 8 Rechtsausübung (1) Die Gesellschaft anerkennt nur einen Vertreter pro Aktie. (2) Das Stimmrecht und die damit zusammenhängenden Rechte können der Gesellschaft gegenüber von einem Aktionär, Nutzniesser oder Nominee jeweils nur in dem Umfang ausgeübt werden, wie dieser mit Stimmrecht im Aktienbuch eingetragen ist.	[<i>unverändert</i>]
Art. 9 Angebotspflicht (Opting-Up) Die Pflicht zur Unterbreitung eines öffentlichen Kaufangebotes gemäss Artikel 135 Abs. 1 FinfraG besteht erst, wenn der Grenzwert von 49% der Stimmrechte überschritten wird (Opting-Up).	[<i>unverändert</i>]
3. Organisation Art. 10 Gesellschaftsorgane Die Organe der Gesellschaft sind: A. die Generalversammlung B. der Verwaltungsrat C. die Revisionsstelle	[<i>unverändert</i>]
A. Die Generalversammlung Art. 11 Befugnisse Oberstes Organ der Gesellschaft ist die Generalversammlung. Ihr stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu: 1. Festsetzung und Änderung der Statuten. 2. Genehmigung des Lageberichtes, der Konzernrechnung und der Jahresrechnung.	Oberstes Organ der Gesellschaft ist die Generalversammlung. Ihr stehen folgende unübertragbare Befugnisse zu: 1. [<i>unverändert</i>]. 2. [<i>unverändert</i>]. 3. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes und Festsetzung der Dividende und der Tantieme.

3. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes und Festsetzung der Dividende. 4. Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung. 5. Wahl und Abberufung des Präsidenten und der übrigen Mitglieder des Verwaltungsrates, der Mitglieder des Vergütungsausschusses, der Revisionsstelle sowie des unabhängigen Stimmrechtsvertreters. 6. Genehmigung der Gesamtbeträge der maximalen Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung. 7. Beschlussfassung über die Gegenstände, die der Generalversammlung durch das Gesetz oder die Statuten vorbehalten sind oder ihr durch den Verwaltungsrat vorgelegt werden.	4. Festsetzung der Zwischendividende und Genehmigung des dafür erforderlichen Zwischenabschlusses. 5. Beschlussfassung über die Rückzahlung der gesetzlichen Kapitalreserve. 6. <i>[alt Ziff. 4.]</i> 7. <i>[alt Ziff. 5.]</i> 8. Genehmigung der Gesamtbeträge der maximalen Vergütung des Verwaltungsrates und, der Geschäftsleitung und des Beirats. 9. Dekotierung der Beteiligungspapiere der Gesellschaft. 10. <i>[alt Ziff. 7.]</i>
Art. 12 Einberufung (1) Die Generalversammlung wird durch den Verwaltungsrat, nötigenfalls durch die Revisionsstelle einberufen. Das Einberufungsrecht steht auch den Liquidatoren und für den Fall der Ausgabe von Obligationenanleihen den Vertretern der Anleihensgläubiger zu. (2) Zeitpunkt und Ort der Generalversammlung, die im Ausland abgehalten werden kann, werden durch den Verwaltungsrat oder durch ein anderes Organ, welches zur Einberufung der Generalversammlung befugt ist, bestimmt. (3) Die ordentliche Generalversammlung findet alljährlich innerhalb von sechs Monaten nach Abschluss des Geschäftsjahres statt. Ausserordentliche Generalversammlungen werden einberufen, sooft es notwendig ist, insbesondere in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen. (4) Die Einberufung einer Generalversammlung kann auch von einem oder mehreren Aktionären, die zusammen mindestens 10% des Aktienkapitals vertreten, verlangt werden. Aktionäre, die zusammen mindestens 5% des Aktienkapitals oder mindestens Aktien im Nennwert von CHF 1 Mio. vertreten, können bis spätestens 45 Kalendertage vor der Generalversammlung schriftlich unter Angabe der Anträge die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes verlangen.	Art. 12 Einberufung und Versammlung (1) <i>[unverändert]</i> (2) Zeitpunkt und Ort der Generalversammlung, die im Ausland abgehalten werden kann, werden durch den Verwaltungsrat oder durch ein anderes Organ, welches zur Einberufung der Generalversammlung befugt ist, bestimmt. Der Verwaltungsrat, oder ein anderes Organ, welches zur Einberufung der Generalversammlung befugt ist, kann auch beschliessen, dass: a) die Generalversammlung an verschiedenen Orten gleichzeitig durchgeführt wird; b) Aktionäre, die nicht am Ort der Generalversammlung anwesend sind, ihre Rechte auf elektronischem Weg ausüben können; c) die Generalversammlung mit elektronischen Mitteln ohne Tagungsort durchgeführt wird. (3) Der Verwaltungsrat regelt die Verwendung elektronischer Mittel. Er stellt sicher, dass: a) die Identität der Teilnehmer feststeht; b) die Stimmen in der Generalversammlung unmittelbar übertragen werden; c) jeder Teilnehmer Anträge stellen und sich an der Diskussion beteiligen kann; d) das Abstimmungsergebnis nicht verfälscht werden kann. (4) <i>[alt Ziff. (3)]</i> (5) Die Einberufung einer Generalversammlung kann auch von einem oder mehreren Aktionären, die zusammen mindestens 10% 5% des Aktienkapitals oder der Stimmen vertreten, verlangt werden. Aktionäre, die

	zusammen mindestens 5% 0.5% des Aktienkapitals oder der Stimmen mindestens Aktien im Nennwert von CHF 1 Mio. vertreten, können bis spätestens 45 Kalendertage vor der Generalversammlung schriftlich unter Angabe der Anträge die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes verlangen.
Art. 13 Einberufungsverfahren (1) Die Einladung zur ordentlichen oder ausserordentlichen Generalversammlung erfolgt mindestens 20 Kalendertage vor der Versammlung durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt. Soweit die Post- und/oder E-Mail-Adressen der Aktionäre bekannt sind, kann die Einladung überdies auch per Post und/oder per E-Mail erfolgen. In der Einladung sind neben Datum, Zeit und Ort der Versammlung, die Verhandlungsgegenstände sowie die Anträge des Verwaltungsrates und der Aktionäre, welche die Durchführung einer Generalversammlung oder die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes verlangt haben, bekanntzugeben. (2) Spätestens 20 Kalendertage vor der ordentlichen Generalversammlung sind der Geschäftsbericht und der Revisionsbericht am Sitz der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre aufzulegen. In der Einberufung der Generalversammlung ist auf diese Auflage und auf das Recht der Aktionäre hinzuweisen, die Zustellung dieser Unterlagen verlangen könnten.	(1) Die Einladung zur ordentlichen oder ausserordentlichen Generalversammlung erfolgt mindestens 20 Kalendertage vor der Versammlung durch Publikation im Schweizerischen Handelsamtsblatt. Soweit die Post- und/oder E-Mail-Adressen der Aktionäre bekannt sind, kann die Einladung überdies auch per Post und/oder per E-Mail erfolgen. In der Einladung sind neben <u>Art</u>, Datum, Zeit und <u>sofern notwendig</u> Ort der Versammlung, die Verhandlungsgegenstände, sowie die Anträge des Verwaltungsrates und der Aktionäre, welche die Durchführung einer Generalversammlung oder die Traktandierung eines Verhandlungsgegenstandes verlangt haben (<u>samt kurzer Begründung</u>) sowie <u>der Name und die Adresse des unabhängigen Stimmrechtsvertreters</u>, bekanntzugeben. (2) Spätestens 20 Kalendertage vor der ordentlichen Generalversammlung sind der Geschäftsbericht und der Revisionsbericht am Sitz der Gesellschaft zur Einsicht der Aktionäre aufzulegen. In der Einberufung der Generalversammlung ist auf diese Auflage und auf das Recht der Aktionäre hinzuweisen, die Zustellung dieser Unterlagen verlangen könnten den Aktionären zugänglich zu machen. Sofern die Unterlagen nicht elektronisch zugänglich sind, kann jeder Aktionär verlangen, dass ihm diese rechtzeitig zugestellt werden. Sofern die Unterlagen nicht elektronisch zugänglich sind, kann jeder Aktionär während eines Jahres nach der Generalversammlung verlangen, dass ihm der Geschäftsbericht in der von der Generalversammlung genehmigten Form sowie die Revisionsberichte zugestellt werden.
Art. 14 Vorsitz, Organisation und Protokoll (1) Der Präsident des Verwaltungsrates führt den Vorsitz in der Generalversammlung, bei seiner oder ihrer Verhinderung der Vizepräsident oder ein anderes Mitglied des Verwaltungsrates oder ein von der Generalversammlung gewählter	[unverändert]

Tagespräsident (der "Vorsitzende"). Der Vorsitzende bezeichnet den Protokollführer und die Stimmenzähler, die nicht Aktionäre sein müssen. (2) Der Vorsitzende leitet die Versammlung, die Verhandlungen sowie die Abstimmungen und gibt die Resultate der Abstimmungen bekannt. Er hat sämtliche Leitungsbefugnisse um den normalen Verlauf der Versammlung zu gewährleisten. (3) Der Verwaltungsrat sorgt für die Führung des Protokolls, das vom Vorsitzenden sowie vom Protokollführer zu unterzeichnen ist.	
Art. 15 Stimmrecht und Vertretung von Aktien (1) Jede Aktie berechtigt zu einer Stimme. Stimmberechtigt an der Generalversammlung ist nur, wer bis zu einem vom Verwaltungsrat bezeichneten, massgeblichen Tag (Stichtag) gemäss Artikel 6 der Statuten ordnungsgemäss im Aktienregister mit Stimmrecht eingetragen wurde. In Ermangelung einer solchen Bezeichnung liegt der Stichtag zehn Tage vor der Generalversammlung. Der Verwaltungsrat ist ermächtigt, die in diesem Absatz festgelegten Bestimmungen in der Einladung zur Generalversammlung oder in allgemeinen Reglementen oder Richtlinien zu präzisieren oder zu ergänzen. (2) Ein Aktionär kann sich an der Generalversammlung mittels Erteilung einer schriftlichen Vollmacht an einen Dritten, der nicht Aktionär zu sein braucht, vertreten lassen. (3) Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung dürfen Aktionäre vertreten, sofern es sich nicht um eine institutionalisierte Vertretung handelt. Verwahrungsstellen dürfen Aktionäre vertreten und gelten nicht als Depotvertreter (im Sinne von Artikel 689d OR), sofern sie aufgrund einer schriftlichen Vollmacht und nach Massgabe von konkreten oder allgemeinen Weisungen des betreffenden Aktionärs handeln. (4) Der Verwaltungsrat kann Verfahrensvorschriften im Zusammenhang mit der Teilnahme und Vertretung von Aktionären an der Generalversammlung erlassen und insbesondere die Erteilung von Weisungen an den unabhängigen Stimmrechtsvertreter näher regeln. Er sorgt dafür, dass die Aktionäre dem unabhängigen Stimmrechtsvertreter auch elektronische Vollmachten und Weisungen erteilen können, wobei er ermächtigt ist, in Abweichung von Absatz 2 vom Erfordernis einer qualifizierten	(1) [<i>unverändert</i>] (2) [<i>unverändert</i>] (3) Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung dürfen Aktionäre vertreten, sofern es sich nicht um eine institutionalisierte Vertretung handelt. Verwahrungsstellen dürfen Aktionäre vertreten und gelten nicht als Depotvertreter (im Sinne von Art. 689d OR Artikel 689e OR), sofern sie aufgrund einer schriftlichen Vollmacht und nach Massgabe von konkreten oder allgemeinen Weisungen des betreffenden Aktionärs handeln. (4) [<i>unverändert</i>] (5) [<i>unverändert</i>]

elektronischen Signatur ganz oder teilweise abzusehen. (5) Über die Anerkennung von Vollmachten entscheiden die anwesenden Mitglieder des Verwaltungsrats.	
Art. 16 Unabhängiger Stimmrechtsvertreter (1) Der unabhängige Stimmrechtsvertreter wird von der Generalversammlung für eine Dauer von einem Jahr bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung gewählt. Wählbar sind natürliche oder juristische Personen und Personengesellschaften. Wiederwahl ist zulässig. (2) Der unabhängige Stimmrechtsvertreter ist verpflichtet, die von ihm vertretenen Stimmrechte weisungsgemäss auszuüben. Hat er keine Weisungen erhalten, so enthält er sich der Stimme. Die allgemeine Weisung, bei in der Einberufung bekanntgegebenen oder nicht bekanntgegebenen Anträgen jeweils im Sinne des Antrags des Verwaltungsrats zu stimmen, gilt als gültige Weisung zur Stimmrechtsausübung. (3) Der unabhängige Stimmrechtsvertreter kann sich an der Generalversammlung durch einen Vertreter oder eine Hilfsperson vertreten lassen. Er bleibt für die Erfüllung seiner Pflichten vollumfänglich verantwortlich. (4) Fällt der unabhängige Stimmrechtsvertreter aus, stellt der Verwaltungsrat ihn nach den gesetzlichen Vorschriften in seiner Funktion ein, oder hat die Gesellschaft aus anderen Gründen keinen handlungsfähigen Stimmrechtsvertreter, so ernennt der Verwaltungsrat einen unabhängigen Stimmrechtsvertreter für die nächste Generalversammlung. Bisher abgegebene Vollmachten und Stimmrechtsinstruktionen behalten ihre Gültigkeit für den neuen unabhängigen Stimmrechtsvertreter, sofern ein Aktionär nicht ausdrücklich etwas anderes anordnet. (5) Der Verwaltungsrat stellt sicher, dass Aktionäre dem unabhängigen Stimmrechtsvertreter auch elektronisch Vollmachten und Weisungen erteilen können, wobei er ermächtigt ist, vom Erfordernis der qualifizierten elektronischen Signatur ganz oder teilweise abzusehen. Er kann die Einzelheiten regeln.	[<i>unverändert</i>]

Art. 17 Abstimmungen und Wahlen (1) Die Generalversammlung fasst ihre Beschlüsse und vollzieht ihre Wahlen, soweit nicht eine zwingende Bestimmung des Gesetzes oder der Statuten etwas anderes bestimmt, ohne Rücksicht auf die Zahl der anwesenden Aktionäre und vertretenen Aktien, mit der einfachen Mehrheit der abgegebenen Aktienstimmen. Stimmenthaltungen und ungültige Stimmen gelten nicht als abgegebene Stimmen. (2) Der Vorsitzende bestimmt das Abstimmungsverfahren. (3) Namentlich kann eine Abstimmung durch elektronische oder schriftliche Stimmabgabe oder durch Handzeichen erfolgen. Um die Stimmzählung zu beschleunigen, kann der Vorsitzende im Falle von schriftlichen Abstimmungen festlegen, dass nur die Stimmen der Aktionäre gezählt werden, die sich der Stimme enthalten oder eine Nein-Stimme abgeben, und dass die übrigen zum Zeitpunkt der Abstimmung an der Generalversammlung vertretenen Aktien als Ja-Stimmen gezählt werden. (4) Der Vorsitzende kann eine offene oder elektronische Wahl oder Abstimmung jederzeit durch eine schriftliche Wahl respektive Abstimmung wiederholen lassen, sofern nach seiner Meinung Zweifel am Ergebnis bestehen. In diesem Fall gilt die vorausgegangene offene oder elektronische Wahl respektive Abstimmung als nicht erfolgt.	(1) [<i>unverändert</i>] (2) [<i>unverändert</i>] (3) [<i>unverändert</i>] (4) [<i>unverändert</i>] (5) Treten während der Generalversammlung wesentliche technische Probleme auf, sodass die Generalversammlung nicht ordnungsgemäss durchgeführt werden kann, so muss sie wiederholt werden. Beschlüsse, welche die Generalversammlung vor dem Auftreten der technischen Probleme gefällt hat, bleiben gültig. (6) Die Beschlüsse und Wahlergebnisse werden unter Angabe der genauen Stimmverhältnisse innerhalb von 15 Tagen nach der Generalversammlung auf elektronischem Weg zugänglich gemacht.
Art. 18 Quoren Ein Beschluss der Generalversammlung, der mindestens zwei Drittel der vertretenen Stimmen und die absolute Mehrheit der vertretenen Aktiennennwerte auf sich vereinigt, ist erforderlich für: 1. die in Artikel 704 Abs. 1 OR sowie in Artikel 18 und 64 im Fusionsgesetz genannten Fälle; 2. die Erleichterung oder Aufhebung der Beschränkung der Übertragbarkeit der Namenaktien; 3. eine Änderung dieses Artikels 18.	[<i>unverändert</i>]
B. Verwaltungsrat Art. 19 Zusammensetzung (1) Der Verwaltungsrat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern. Der Präsident sowie die übrigen	[<i>unverändert</i>]

Mitglieder des Verwaltungsrates werden von der Generalversammlung einzeln für eine Amtsdauer von einem Jahr bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung gewählt. Wiederwahl ist zulässig. (2) Der Verwaltungsrat konstituiert sich unter Vorbehalt der gesetzlichen und statutarischen Bestimmungen selbst. (3) Ist das Präsidium des Verwaltungsrates vakant, so ernennt der Verwaltungsrat eines seiner Mitglieder zum Präsidenten bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung.	
Art. 20 Befugnisse (1) Dem Verwaltungsrat obliegt die oberste Leitung der Gesellschaft und die Überwachung der Geschäftsführung. Er vertritt die Gesellschaft nach aussen und besorgt alle Angelegenheiten, die nicht nach Gesetz, Statuten oder Organisationsreglement einem anderen Organ der Gesellschaft übertragen sind. (2) Der Verwaltungsrat kann die Geschäftsführung sowie die Vertretung der Gesellschaft im Rahmen dieser Statuten und der gesetzlichen Bestimmungen nach Massgabe eines Organisationsreglements ganz oder zum Teil an einzelne oder mehrere natürliche Personen oder Mitglieder des Verwaltungsrats übertragen. Der Verwaltungsrat ordnet die entsprechenden Vertragsverhältnisse. (3) Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben: 1. Oberleitung der Gesellschaft und Erteilung der nötigen Weisungen; 2. Festlegung der Organisation; 3. Ausgestaltung des Rechnungswesens, der Finanzkontrolle sowie der Finanzplanung; 4. Ernennung und Abberufung der mit der Geschäftsführung und der Vertretung betrauten Personen, Regelung der Zeichnungsberechtigung und Festsetzung ihrer Befugnisse; 5. Oberaufsicht über die mit der Geschäftsführung betrauten Personen, namentlich im Hinblick auf die Befolgung der Gesetze, Statuten, Reglemente und Weisungen; 6. Erstellung des Geschäftsberichtes und des Vergütungsberichtes sowie Vorbereitung der Generalversammlung und Ausführung ihrer Beschlüsse; 7. Beschlussfassung über die nachträgliche Leistung von Einlagen auf nicht vollständig	(1) [<i>unverändert</i>] (2) [<i>unverändert</i>] (3) Der Verwaltungsrat hat folgende unübertragbare und unentziehbare Aufgaben: 1. [<i>unverändert</i>] 2. [<i>unverändert</i>] 3. [<i>unverändert</i>] 4. [<i>unverändert</i>] 5. [<i>unverändert</i>] 6. [<i>unverändert</i>] 7. [<i>unverändert</i>] 8. [<i>unverändert</i>] 9. Einreichung eines Gesuchs um Nachlassstundung und Benachrichtigung des Richters Gerichts im Falle der Überschuldung; 10. [<i>unverändert</i>].

liberierten Aktien und die daraus folgenden Statutenänderungen; 8. Beschlussfassung über die Feststellung von Kapitalerhöhungen, die Erstellung des Kapitalerhöhungsberichts und darauf folgende Statutenänderungen; 9. Benachrichtigung des Richters im Falle der Überschuldung; 10. alle weiteren durch Gesetz oder Statuten vorgesehenen unübertragbaren und unentziehbaren Aufgaben des Verwaltungsrates.	
Art. 21 Sitzungen (1) Der Verwaltungsrat tritt so oft zusammen, wie es die Geschäfte erfordern. Er wird durch seinen Präsidenten oder bei dessen Verhinderung durch ein anderes Verwaltungsratsmitglied einberufen. (2) Die Organisation der Sitzungen, die Beschlussfähigkeit (Präsenz) und die Beschlussfassung des Verwaltungsrates werden im Organisationsreglement festgelegt. (3) Der Präsident hat den Stichentscheid. (4) Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsrats ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Sekretär des Verwaltungsrats zu unterzeichnen.	(1) [<i>unverändert</i>] (2) [<i>unverändert</i>] (3) [<i>unverändert</i>] (4) Über die Verhandlungen und Beschlüsse des Verwaltungsrats ist ein Protokoll zu führen. Das Protokoll ist vom Vorsitzenden und vom Sekretär des Verwaltungsrates Protokollführer zu unterzeichnen.
Art. 22 Vergütungsausschuss (1) Der Vergütungsausschuss besteht aus mindestens drei Mitgliedern des Verwaltungsrates. Die Mitglieder des Vergütungsausschusses werden von der Generalversammlung einzeln für eine Dauer von einem Jahr bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung gewählt. Wiederwahl ist zulässig. (2) Der Vergütungsausschuss konstituiert sich selbst. Der Verwaltungsrat bestimmt unter den Mitgliedern des Vergütungsausschusses dessen Vorsitzenden und erlässt ein Reglement, welches insbesondere die Aufgaben und Befugnisse des Vergütungsausschusses unter Berücksichtigung von Gesetz und Statuten definiert. (3) Ist der Vergütungsausschuss nicht vollständig besetzt, so ernennt der Verwaltungsrat unter seinen Mitgliedern im entsprechenden Umfang Mitglieder des Vergütungsausschusses ad interim bis zur nächsten ordentlichen Generalversammlung; die Einberufung einer Generalversammlung nach Artikel 726 Abs. 2 OR bleibt vorbehalten.	[<i>unverändert</i>]

(4) Der Vergütungsausschuss unterstützt den Verwaltungsrat bei der Festsetzung und Überprüfung der Vergütungsstrategie und -richtlinien der Gesellschaft und der qualitativen und quantitativen Kriterien für die Vergütung sowie bei der Vorbereitung der Anträge zuhanden der Generalversammlung betreffend die Vergütung des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung. Er kann dem Verwaltungsrat Vorschläge und Empfehlungen zu weiteren Vergütungsfragen unterbreiten. (5) Der Verwaltungsrat regelt allfällige weitere Aufgaben und Zuständigkeiten des Vergütungsausschusses im Organisationsreglement.	
C. Revisionsstelle Art. 23 Wahl der Revisionsstelle, Befugnisse und Pflichten (1) Die Generalversammlung wählt die Revisionsstelle für eine Amtsdauer von einem Jahr bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Wiederwahl und Abberufung sind jederzeit möglich. (2) Die Gesellschaft hat ihre Jahresrechnung durch eine Revisionsstelle ordentlichen prüfen zu lassen. (3) Der Revisionsstelle obliegen die ihr vom Gesetz zugewiesenen Befugnisse und Pflichten.	[unverändert]
4. Vergütung und damit zusammenhängende Bestimmungen Art. 24 Vergütung des Verwaltungsrats Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten eine fixe Vergütung. Diese besteht aus einer fixen Grundvergütung sowie gegebenenfalls fixen Entschädigungen für Mitgliedschaften in Ausschüssen sowie für spezifische Aufgaben im Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat oder einer seiner Ausschüsse kann bestimmen, dass die Vergütung aller oder einzelner Mitglieder des Verwaltungsrats teilweise oder ganz in der Form von frei handelbaren oder gesperrten Aktien oder ähnlichen Beteiligungsrechten ausbezahlt wird. Falls durch den Verwaltungsrat beschlossen, können solche Aktien der Verwirkung oder Mechanismen zur Rückforderung unterliegen.	[unverändert]

Art. 25 Vergütung der Geschäftsleitung (1) Die Mitglieder der Geschäftsleitung erhalten eine fixe Vergütung bestehend aus einer Grundvergütung und gewissen weiteren Zahlungen und Leistungen aus dem Arbeitsverhältnis. (2) Darüber hinaus können die Mitglieder der Geschäftsleitung eine variable Vergütung erhalten. Variable Vergütungen, die Mitgliedern der Geschäftsleitung im Zusammenhang mit einem bestimmten Jahr bezahlt oder gewährt werden, können aus einem Bonus in bar und aus Zuteilungen von Beteiligungsrechten bestehen, zuzüglich gegebenenfalls Beiträgen des Arbeitsgebers für die Pensionskasse und Sozialversicherungen. In besonderen Fällen und nach vorgängiger Genehmigung durch die Generalversammlung können die Mitglieder der Geschäftsleitung einen zusätzlichen Ermessensbonus erhalten. (3) Variable Vergütungen beruhen auf quantitativen und qualitativen Performancekriterien, welche die Performance der Gesellschaft und der Gruppe und/oder von deren Geschäftseinheiten und/oder individuelle Zielen berücksichtigen. Der Verwaltungsrat oder der Vergütungsausschuss setzen Performancekriterien, Zielwerte und deren Erreichung fest (wobei die Bestimmung von individuellen Zielen und deren Erreichung in Bezug auf jedes andere Mitglied der Geschäftsleitung an den Chief Executive Officer delegiert werden kann). Wenn der Verwaltungsrat oder der Vergütungsausschuss es als zweckmässig erachtet, kann er auch Zuteilungen mit langfristiger Anreizwirkung gewähren, welche unabhängig von der Erreichung von Zielen in der Vergangenheit an die zukünftige Performance geknüpft sind. (4) Der Bonus in bar wird unter Anwendung der obengenannten Kriterien und Rahmenbedingungen basierend auf Leistungen ausbezahlt. (5) Der Umfang der Zuteilungen von Beteiligungsrechten wird durch den Verwaltungsrat oder den Vergütungsausschuss festgelegt und kann aus Anwartschaften auf Aktien, Aktien mit Veräusserungssperre, Performance Shares und sonstigen Beteiligungsinstrumenten bestehen. (6) Der Verwaltungsrat oder der Vergütungsausschuss ist dafür verantwortlich, für jedes Mitglied der Geschäftsleitung das proportionale Verhältnis der jährlichen Grundvergütung und der Komponenten der	[unverändert]
---	------------------------

variablen Vergütung zu bestimmen bzw. den Mechanismus festzulegen, wie dieses bestimmt wird. In Übereinstimmung mit, und unter Vorbehalt von, Artikel 26 der Statuten darf die gesamte Vergütung (einschliesslich der festen und variablen Vergütung), welche allen Mitgliedern der Geschäftsleitung in Bezug auf ein Kalenderjahr ausgerichtet wird, in keinem Fall den Gesamtbetrag übersteigen, welcher vorgängig durch die Generalversammlung für die Vergütung der Geschäftsleitung für dieses Kalenderjahr genehmigt wurde.	
Art. 26 Allgemeine Vergütungsgrundsätze (1) Rechtseinheiten, die durch die Gesellschaft direkt oder indirekt kontrolliert werden, dürfen Vergütungen an die Mitglieder des Verwaltungsrates oder der Geschäftsleitung für deren Dienste ausrichten, sofern solche Vergütungen durch einen genehmigten Gesamtbetrag oder einen Zusatzbetrag nach Artikel 27 gedeckt sind. (2) Insbesondere die folgenden Leistungen gelten nicht als Vergütungen, Darlehen oder Kredite und werden nicht zu den Beträgen hinzugezählt, die gemäss Artikel 27 der Genehmigung durch die Generalversammlung unterliegen: a. Auslagenersatz und steuerlich abzugsfähige Spesenpauschalen; b. Prämien für Versicherungen, die nach Beurteilung des Vergütungsausschusses im Interesse der Gesellschaft liegen; c. Geringfügige Sachleistungen, allgemeine Mitarbeitervergünstigungen und andere ähnliche Fringe Benefits; und d. Entschädigungen, Vorschüsse und Versicherungen gemäss Absatz 3 dieses Artikels. (3) Die Gesellschaft kann im gesetzlich zulässigen Rahmen Mitglieder des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung für entstandene Nachteile im Zusammenhang mit Verfahren, Prozessen oder Vergleichen, die mit ihrer Tätigkeit für die Gesellschaft zusammenhängen, entschädigen sowie entsprechende Beträge bevorschussen und Versicherungen abschliessen. Solche Entschädigungen, Vorschüsse und Versicherungen gelten nicht als Vergütung. (4) Zuteilungen von Beteiligungsrechten stellen grundsätzlich Vergütung für das durch den Verwaltungsrat festgelegte Jahr dar und in Ermangelung einer Festlegung, Vergütung für das Jahr der Zuteilung. Der Verwaltungsrat kann bestimmen, dass eine Zuteilung ganz oder teilweise Vergütung für ein anderes Jahr als	[<i>unverändert</i>]

dasjenige der Zuteilung darstellt und zum Markt-/Zeitwert (fair value) oder Nominalbetrag sowie zu einem anderen Datum als demjenigen der Zuteilung zu bewerten ist. (5) Der Verwaltungsrat oder der Vergütungsausschuss ist autorisiert, die näheren Vorschriften und Bedingungen von variablen Vergütungen zu spezifizieren, sei dies in Bonus- und Beteiligungsplänen, Arbeits- oder Zuteilungsverträgen oder anderweitig. Sie bestimmen die Bedingungen der Gewährung, der Unverfallbarkeit (Vesting), der Leistung, der Sperrung, der Ausübung und des Verfalls von aktien-basierten Awards und können Mechanismen zur Anpassung oder Rückforderung von variablen Vergütungen vorsehen. Sie können insbesondere vorsehen, dass gewisse variable Vergütungen oder deren Äquivalent in bar während einer Freistellung ausbezahlt oder gewährt werden (wobei in diesem Fall die Ausrichtung auf dem im letzten Jahr bzw. in den letzten Jahren ausgerichteten durchschnittlichen Bonus bzw. Incentive oder dem Zielbonus bzw. Incentive basieren kann) und dass aktienbasierte Awards (i) im Falle eines Kontrollwechsels betreffend die Gesellschaft und (ii) im Falle der Beendigung der Anstellung eines Mitgliedes der Geschäftsleitung unverfallbar werden (vesten) und Sperrfristen aufgehoben werden.	
Art. 27 Genehmigung durch die Generalversammlung (1) Die ordentliche Generalversammlung genehmigt jedes Jahr die Anträge des Verwaltungsrates in Bezug auf die Gesamtbeträge: a. für die maximale Vergütungen des Verwaltungsrats gemäss Artikel 24 für das folgende Geschäftsjahr; und b. für die maximale Gesamtvergütung der Geschäftsleitung gemäss Art. 25 für das folgende Geschäftsjahr. (2) Genehmigt die Generalversammlung einen Gesamtbetrag nach Absatz 1 dieses Artikels nicht, so berücksichtigt der Verwaltungsrat die Ergebnisse der Abstimmung, andere Aktionärsrückmeldungen sowie weitere Aspekte nach eigenem Ermessen und er kann anschliessend an einer nachfolgenden (ordentlichen oder ausserordentlichen) Generalversammlung einen neuen Antrag für einen solchen Gesamtbetrag stellen, und die Gesellschaft darf Vergütungen unter Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch die Generalversammlung ausrichten. Der	(1) [<i>unverändert</i>] (2) [<i>unverändert</i>] (3) [<i>unverändert</i>] (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, eine Vergütung (einschliesslich Entschädigung für den Verlust von Vergütung oder für finanzielle Nachteile im Zusammenhang mit dem Arbeitswechsel) an solche Mitglieder der Geschäftsleitung zu bezahlen, die nach dem relevanten Genehmigungsbeschluss der Generalversammlung ⊕ neu in die Geschäftsleitung eintreten oder (ii) innerhalb der Geschäftsleitung befördert werden; dies selbst dann, wenn der durch die Generalversammlung bereits genehmigte Betrag nicht ausreichend ist. Diese Zusatzbeträge müssen nicht durch die Generalversammlung genehmigt werden, sofern ihre Summe in jeder einzelnen relevanten Zeitspanne 50% des genehmigten maximalen Gesamtbetrags (vollständig, nicht pro rata temporis) der Vergütung für die Mitglieder der Geschäftsleitung für dieselbe

Verwaltungsrat darf auch Genehmigungsanträge aufteilen, indem er Anträge in Bezug auf einzelne Vergütungselemente, kürzere Zeitperioden oder einen engeren Personenkreis stellt. (3) Die Generalversammlung kann jederzeit eine nachträgliche Erhöhung eines genehmigten Gesamtbetrags oder zusätzliche Beträge für gewisse Vergütungselemente genehmigen. Sie kann insbesondere einen möglichen ausserordentlichen Bonus genehmigen, der auszurichten ist: (i) an den Verwaltungsrat in bar oder Aktien für in einer vorangehenden Periode geleistete ausserordentliche und zusätzliche Arbeit, oder (ii) an die Geschäftsleitung für die Leistung im vorherigen Kalenderjahr ausserhalb und zusätzlich zu einem Bonus, der im Rahmen von Absatz 1 lit. b dieses Artikels ausgerichtet wurde. (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, eine Vergütung (einschliesslich Entschädigung für den Verlust von Vergütung oder für finanzielle Nachteile im Zusammenhang mit dem Arbeitswechsel) an solche Mitglieder der Geschäftsleitung zu bezahlen, die nach dem relevanten Genehmigungsbeschluss der Generalversammlung (i) in die Geschäftsleitung eintreten oder (ii) innerhalb der Geschäftsleitung befördert werden; dies selbst dann, wenn der durch die Generalversammlung bereits genehmigte Betrag nicht ausreichend ist. Diese Zusatzbeträge müssen nicht durch die Generalversammlung genehmigt werden, sofern ihre Summe in jeder einzelnen relevanten Zeitspanne 50% des genehmigten maximalen Gesamtbetrags (vollständig, nicht pro rata temporis) der Vergütung für die Mitglieder der Geschäftsleitung für dieselbe Zeitspanne nicht überschreitet, für welche die Genehmigung durch die Generalversammlung bereits erteilt wurde. (5) Eine Überschreitung der genehmigten maximalen Gesamtbeträge aufgrund von Wechselkurschwankungen ist unbeachtlich.	Zeitspanne nicht überschreitet, für welche die Genehmigung durch die Generalversammlung bereits erteilt wurde. (5) [<i>unverändert</i>]
Art. 28 Externe Mandate (1) Ein Mitglied des Verwaltungsrates darf nicht mehr als die folgende Anzahl weitere Mandate halten: a. bis zu fünfzehn Mandate in Unternehmen, wovon bis zu fünf in börsenkotierten Unternehmen; b. bis zu zwanzig Mandate in Stiftungen, Vereinigungen, wohltätigen Organisationen und ähnlichen Einrichtungen.	(1) Ein Mitglied des Verwaltungsrates darf nicht mehr als die folgende Anzahl weitere Mandate halten: a. bis zu fünfzehn Mandate in Unternehmen mit einem wirtschaftlichen Zweck, wovon bis zu fünf in börsenkotierten Unternehmen mit einem wirtschaftlichen Zweck; b. [<i>unverändert</i>]

(2) Ein Mitglied der Geschäftsleitung darf nicht mehr als die folgende Anzahl weitere Mandate halten: a. bis zu vier Mandate in Unternehmen, wovon bis zu zwei in börsenkotierten Unternehmen; b. bis zu zehn Mandate in Stiftungen, Vereinigungen, wohltätigen Organisationen und ähnlichen Einrichtungen. (3) Mandate, die in verschiedenen Rechtseinheiten ein und desselben Konzerns, bei untereinander verbundenen Gesellschaften, oder auf Anordnung der Gesellschaft oder einer anderen Rechtseinheit gemäss Absatz 1 oder 2 oben gehalten werden (einschliesslich in Vorsorgeeinrichtungen und Gemeinschaftsunternehmen), zählen nicht als separate Mandate. Eine kurzfristige Überschreitung der in diesem Artikel geregelten Begrenzungen ist zulässig. (4) Ein "Mandat" im Sinne dieses Artikels ist ein Mandat in den obersten Leitungs- oder Verwaltungsorganen von Rechtseinheiten, die verpflichtet sind, sich ins Handelsregister oder in ein entsprechendes ausländisches Register eintragen zu lassen, mit Ausnahme der Gesellschaft und Rechtseinheiten, die durch die Gesellschaft kontrolliert werden oder diese kontrollieren.	(2) Ein Mitglied der Geschäftsleitung darf nicht mehr als die folgende Anzahl weitere Mandate halten: a. bis zu vier Mandate in Unternehmen mit einem wirtschaftlichen Zweck, wovon bis zu zwei in börsenkotierten Unternehmen mit einem wirtschaftlichen Zweck; b. [<i>unverändert</i>] (3) [<i>unverändert</i>] (4) Ein "Mandat" im Sinne dieses Artikels ist ein Mandat in den obersten Leitungs- oder Verwaltungsorganen von Rechtseinheiten, die verpflichtet sind, sich ins Handelsregister oder in ein entsprechendes ausländisches Register eintragen zu lassen, mit Ausnahme der Gesellschaft und Rechtseinheiten, die durch die Gesellschaft kontrolliert werden oder diese kontrollieren. jede Mitgliedschaft im Verwaltungsrat, in der Geschäftsleitung oder im Beirat, oder eine vergleichbare Funktion nach ausländischem Recht, bei einem Unternehmen mit wirtschaftlichem Zweck.
Art. 29 Vereinbarungen mit Mitgliedern des Verwaltungsrates und der Geschäftsleitung (1) Verträge mit den Mitgliedern des Verwaltungsrats, die den Vergütungen der betreffenden Mitglieder zugrunde liegen, und Arbeitsverträge mit den Mitgliedern der Geschäftsleitung können befristet oder unbefristet ausgestaltet sein. Die maximale Dauer der befristeten Verträge beträgt ein Jahr. Eine Erneuerung ist zulässig. Die Kündigungsfrist bei unbefristeten Verträgen beträgt maximal 12 Monate. (2) Die Gesellschaft kann mit Mitgliedern der Geschäftsleitung entschädigte Konkurrenzverbote für eine Dauer von bis zu 18 Monaten nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses vereinbaren. Die Entschädigung, die pro Jahr des Konkurrenzverbots zu entrichten ist, beträgt maximal die Summe (i) der letzten jährlichen Grundvergütung des Mitglieds, (ii) des letztjährigen Zielbonus des Mitglieds, und (iii) der Prämienzahlungen für Kranken- und/oder Zahnversicherung basierend auf der Wahl des Mitglieds zur Zeit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses. Für den Teil eines Jahres wird die maximale Summe pro rata berechnet.	(1) [<i>unverändert</i>] (2) Die Gesellschaft kann mit Mitgliedern der Geschäftsleitung entschädigte Konkurrenzverbote für eine Dauer von bis zu 18 Monaten nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses vereinbaren. Die Entschädigung, die pro Jahr des Konkurrenzverbots zu entrichten ist, beträgt maximal die Summe (i) der letzten jährlichen Grundvergütung des Mitglieds, (ii) des letztjährigen Zielbonus des Mitglieds, und (iii) der Prämienzahlungen für Kranken- und/oder Zahnversicherung basierend auf der Wahl des Mitglieds zur Zeit der Beendigung des Arbeitsverhältnisses, wobei in keinem Fall der Durchschnitt der Vergütungen der letzten drei Geschäftsjahre überstiegen werden darf. Für den Teil eines Jahres wird die maximale Summe pro rata berechnet. (3) [<i>unverändert</i>]

(3) Während einer allfälligen Freistellung dürfen die variablen Vergütungselemente pro rata ausgerichtet werden.	
Art. 30 Darlehen, Kredite, und Vorsorgeleistungen (1) Die Gesellschaft kann Mitgliedern der Geschäftsleitung Darlehen, Kredite, Garantien oder Sicherheiten zu marktüblichen Konditionen gewähren bis zu einem Gesamtbetrag pro Person von maximal (i) 500% der aktuellen fixen Jahresvergütung als besichertes Darlehen zum Erwerb von Grundeigentum bzw. (ii) 200% der aktuellen fixen Jahresvergütung für weitere Darlehen, Kredite, Garantien oder Sicherheiten. (2) Die Gesellschaft kann eine oder mehrere unabhängige Vorsorgeeinrichtungen für die berufliche Vorsorge errichten oder sich solchen anschliessen. Arbeitgeberseitige Beiträge an solche Vorsorgeeinrichtungen, nicht aber die von solchen Vorsorgeeinrichtungen ausgerichteten reglementarischen Leistungen, gelten als Bestandteil der Vergütung. Aufgrund anwendbarer Regelungen (inklusive unter qualifizierten und nichtqualifizierten beitragsorientierten Plänen) für die berufliche Vorsorge direkt vom Arbeitgeber geäußerte bzw. ausgerichtete Vorsorgeleistungen werden gleich behandelt wie Beiträge an und Leistungen von Vorsorgeeinrichtungen. (3) Die Gesellschaft und ihre Tochtergesellschaften können Mitgliedern der Geschäftsleitung anstelle oder zusätzlich zu den Leistungen nach Absatz 1 dieses Artikels direkt Vorsorgeleistungen (wie Renten, Kauf von Krankenversicherungen und dgl.) ausserhalb der beruflichen Vorsorge in Aussicht stellen und nach ihrem Ausscheiden ausbezahlen. Solche Renten sollen kapitalisiert das zehnfache der letzten an dieses Mitglied ausbezahlten jährlichen Grundvergütung nicht übersteigen. Der Wert einer Vorsorgeleistung wird aufgrund anerkannter versicherungsmathematischer Methoden ermittelt. Die Zahlung von Überbrückungs- bzw. Zwischenleistungen zwischen Frühpensionierung und regulärem Rentenalter ist möglich. Zudem können die Mitglieder der Geschäftsleitung an den von der Gesellschaft unterhaltenen Krankenversicherungsprogrammen teilnehmen.	[<i>unverändert</i>]
Art. 31 Rechtsnatur Die Bestimmungen dieses Abschnitts sind gesellschaftsrechtlicher Natur und begründen keine individuellen Leistungsansprüche.	[<i>unverändert</i>]

5. Rechnungslegung Art. 32 Geschäftsjahr, Geschäftsbericht (1) Der Verwaltungsrat legt das Geschäftsjahr der Gesellschaft fest. (2) Der Verwaltungsrat erstellt für jedes Geschäftsjahr einen Geschäftsbericht, der sich aus der Jahresrechnung (bestehend aus Erfolgsrechnung, Bilanz und Anhang sowie gegebenenfalls einer Geldflussrechnung), dem Lagebericht und der Konzernrechnung zusammensetzt.	[unverändert]
Art. 33 Verwendung des Bilanzgewinns (1) Über den Bilanzgewinn und insbesondere über die Höhe der Dividende beschliesst die Generalversammlung im Rahmen der zwingenden gesetzlichen Bestimmungen. (2) Neben den gesetzlichen Reserven kann die Generalversammlung weitere Reserven schaffen. (3) Dividenden und vergleichbare Ausschüttungen, welche innerhalb von fünf Jahren nach ihrer Fälligkeit nicht bezogen worden sind, verjähren und verfallen zugunsten der Gesellschaft.	[unverändert]
6. Auflösung und Liquidation Art. 34 Auflösung und Liquidation (1) Die Generalversammlung kann jederzeit die Auflösung und Liquidation der Gesellschaft nach Massgabe der gesetzlichen und statuarischen Vorschriften beschliessen. (2) Die Liquidation wird durch den Verwaltungsrat durchgeführt, sofern die Generalversammlung nicht andere Personen als Liquidatoren bestellt. (3) Die Liquidatoren haben uneingeschränkte Kompetenzen und Befugnisse, das gesamte Gesellschaftsvermögen zu liquidieren und die Gesellschaft abzuwickeln. (4) Nach erfolgter Tilgung sämtlicher Schulden wird das Vermögen der Gesellschaft unter die Aktionäre nach Massgabe der Nennwerte ihrer Aktien verteilt.	[unverändert]

7. Bekanntmachungen und Gerichtsstand Art. 35 Publikationsorgan (1) Die Mitteilungen der Gesellschaft an die Aktionäre und andere Bekanntmachungen erfolgen im Schweizerischen Handelsamtsblatt. (2) Der Verwaltungsrat kann weitere Publikationsorgane bestimmen. (3) Soweit die Gesellschaft Mitteilungen an ihre Aktionäre per Brief macht, erfolgen solche Mitteilungen auf dem ordentlichen Postweg an den Empfänger und die Adresse, die im Aktienbuch vermerkt sind, oder auf einem anderen dem Verwaltungsrat als passend erscheinenden Weg.	[<i>unverändert</i>]
Art. 36 Gerichtsstand Der ausschliessliche Gerichtsstand für sämtliche aus dem Gesellschaftsverhältnis entstehenden oder damit in Zusammenhang stehenden Streitigkeiten befindet sich am Sitz der Gesellschaft.	[<i>unverändert</i>]
8. Massgebliche Version Art. 37 Massgebliche Version Diese Statuten existieren in deutscher und englischer Fassung. Die deutsche Fassung geht vor.	[<i>unverändert</i>]

2023 Annual General Meeting (AGM): Explanations by the Board of Directors concerning the revision of the Articles of Association

(Implementation of the revised Swiss corporate law)

Item 11

Preliminary remarks

The provisions of the revised Swiss corporate law (hereinafter “revised Code of Obligations”) have been in force since 1 January 2023. They comprise, inter alia, strengthened shareholder rights, improvements concerning corporate governance as well as modernised rules for Annual General Meetings. Furthermore, the Ordinance Against Excessive Remuneration enacted on 1 January 2014 has been enshrined in Swiss law, including certain amendments of previous provisions. The majority of the new provisions were put in force as of 1 January 2023. Companies have been granted a transition period of two years to amend their Articles of Association.

In accordance with the new provisions, the Board of Directors proposes to the shareholders a revision of the Articles of Association implementing the requirements of the revised Code of Obligations and taking into account current best practices in terms of corporate governance.

The proposed amendments of the Articles of Association will subsequently be explained. Thereafter, each amendment proposed will be listed and contrasted with the currently existing provisions. Red strikethrough indicates deletions, blue indicates insertions and green indicates shifted provisions. Any reference made in this overview refers to the amended, renumbered Articles of Association as proposed by the Board of Directors.

1. Explanations concerning the individual amendments of the Articles of Association of Stadler Rail AG

a. Article 2: Purpose

The proposed insertion adds long-term, sustainable value creation and value enhancement as a pivotal and established principle of Stadler Rail AG to the Articles of Association.

b. Article 4: Conditional Share Capital for Employee Benefit Plans

The proposed insertion meets the new legal requirement that the procedure for exercising conversion or option rights and for waiving these rights must be stipulated in the Articles of Association (Art. 653b no 7 Code of Obligations (hereinafter “CO”)).

c. Article 5: Capital band

The revision of the Code of Obligations has laid the legal foundations for the so-called “capital band”, a functional equivalent of, inter alia, what had previously been referred to as “authorised capital” (no longer used in the revised Code of Obligations). Under this capital band, the shareholders authorise the Board of Directors to increase or reduce the share capital specified in the Commercial Register within a certain bandwidth, ranging from 150% of the specified capital (upper limit) to 50% (lower limit). The law limits such authorisation to a period not exceeding five years. At the General Meeting, shareholders may cancel the subscription rights of shareholders or may delegate such right to the Board of Directors provided that the reasons for the withdrawal of the subscription rights are expressly mentioned in the Articles of Association. The capital band offers the Board of Directors entrepreneurial flexibility, e. g. concerning the procurement of equity capital or the provision of new shares for existing and new shareholders or the remediation of an overcapitalisation. The authorised capital of Stadler Rail AG, which no longer applies as from 2023, will be replaced by the newly introduced capital band within the scope of the legal provisions.

d. Article 6: Share Register, Transfer Restrictions

The wording of Art. 6 has been adapted to the new legal provisions governing the entry of acquirers of registered shares into the share register.

e. Article 11: Powers (of the General Meeting)

The new, additional powers of the General Meeting (Art. 698 CO) have been added to Art. 11.

f. Article 12: Convening and Conducting (the General Meeting)

The amendments to Article 12 make it possible to hold virtual (no physical venue) or hybrid General Meetings (possibility for shareholders to exercise their rights electronically if they are not present at the General Meeting venue) or to hold a General Meeting in various locations at the same time. With the amendments of the Articles of Association, the new, strict legal provisions concerning participation in the General Meeting are met and it is ensured that shareholders have the same rights irrespective of the form (on-site, hybrid or virtual) in which the general meeting is held.

Furthermore, the threshold for convening a general meeting is lowered from 10% of the Company's share capital to 5% of the share capital or the votes (adjustment to new legal threshold). Moreover, the threshold for placing an item on the agenda is lowered from 5% of the Company's share capital or shares with a nominal value of at least CHF 1 million to 0.5% of the share capital or the votes (adjustment to new legal threshold).

g. Article 13: Calling Procedure (Convening of the General Meeting)

Article 13 has been adapted to the new legal requirements concerning the content of the notice of a General Meeting. Under the revised Code of Obligations, the Company no longer has to submit the Annual Report and the Auditors' Report for examination at the Company's registered office. This obligation has thus been removed from Article 13 and replaced by the new legal provision (making available the Annual Report and the Auditors' Report).

h. Article 15: Voting Right and Representation of Shares (at the General Meeting)

The reference to the depositary representative in paragraph 3 of this Article has been adapted to the changed numbering in the Code of Obligations.

i. Article 17: Voting and elections (at the General Meeting)

The amendments in Art. 17 reflect the new legal requirements concerning technical problems that may occur during a General Meeting as well as the new legal provisions concerning access to the resolutions and the election results.

j. Article 20: Powers (of the Board of Directors)

The wording has been adapted to the new legal requirements concerning the extended obligations of the Board of Directors in the context of debt restructuring moratoria.

k. Article 21: Meetings (of the Board of Directors)

According to the revised Code of Obligations, the minutes must be signed by the minute-taker and the person chairing the general meeting as the appointment of a Secretary of the Board of Directors is now optional.

l. Article 27: Approval by the General Meeting (Remuneration and related provisions)

Pursuant to the new legal provisions, an additional amount (remuneration) for promotions within the Group Executive Board is no longer permissible. Therefore, the respective provision in Article 27 has been deleted.

m. Article 28: External Mandates (Remuneration and related provisions)

For the purposes of clarification and compliance with the new legal provisions, the wording of Article 28 has been amended and the previous definition of "mandate" has been replaced by the new legal definition.

**n. Article 29: Agreements with members of the Board of Directors and the Group
Executive Board (Remuneration and related provisions)**

An adjustment must be made to comply with the new legal provisions concerning the maximum admissible amount of compensation for non-competition agreements.

2. List of proposed amendments of the Articles of Association of Stadler Rail AG

Current version of the Articles of Association	Proposed amendments of the Articles of Association
Articles of Association of Stadler Rail AG	[<i>unchanged</i>]
1. General Provisions Art. 1 Name, Registered Office and Duration Under the corporate name Stadler Rail AG exists a company limited by shares pursuant to articles 620 et seq. of the Swiss Code of Obligations ("CO") having its registered office in Bussnang, Switzerland. The duration of the Company is unlimited.	[<i>unchanged</i>]
Art. 2 Purpose (1) The Company may acquire, dispose of and administer participations in other companies as well as establish subsidiaries and branch offices in Switzerland and abroad. (2) The Company may provide services for other group companies. It may provide loans and borrow money to the extent that this is necessary to achieve the Company's main purpose or to foster the Company's economic prosperity. The Company may engage in any business which is associated with the purpose of the Company. The Company may acquire and dispose of real estate.	(1) [<i>unchanged</i>] (2) [<i>unchanged</i>] (3) In pursuit of its corporate purpose, the Company strives for sustainable and long-term value creation and value enhancement.
2. Share Capital and Shares Art. 3 Ordinary Share Capital The share capital of the Company amounts to CHF 20,000,000 and is divided into 100,000,000 registered shares with a nominal value of CHF 0.20 each. The share capital is fully paid-up.	[<i>unchanged</i>]

Art. 4 Conditional Share Capital for Employee Benefit Plans (1) The share capital of the Company may be increased by up to CHF 400,000 through the issuance of up to 2,000,000 fully-paid-up registered shares, each with a nominal value of CHF 0.20 through the exercising of rights or entitlements in respect of shares ("Share Related Rights") granted to employees or directors of the Company, its consolidated subsidiaries or other entities in which the Company has a direct or indirect stake of at least 50% in accordance with regulations and terms and conditions to be specified by the Board of Directors. (2) The pre-emptive rights and the advance subscription rights of the existing shareholders are excluded. (3) The acquisition of registered shares based on this article 4 and any subsequent transfer of such registered shares are subject to the transfer restrictions pursuant to article 6 of these Articles of Association.	(1) The share capital of the Company may be increased by up to CHF 400,000 through the issuance of up to 2,000,000 fully-paid-up registered shares, each with a nominal value of CHF 0.20 through the exercising, by means of written declaration or by electronic means, of rights or entitlements in respect of shares ("Share Related Rights") granted to employees or directors of the Company, its consolidated subsidiaries or other entities in which the Company has a direct or indirect stake of at least 50% in accordance with regulations and terms and conditions to be specified by the Board of Directors. (2) [unchanged] (3) [unchanged]
Art. 5 Authorized Share Capital (1) The Board of Directors is authorized to increase the share capital at any time until 6 May 2023 by a maximum amount of CHF 2,000,000 by issuing a maximum of 10,000,000 fully paid-up new registered shares with a nominal value of CHF 0.20 each. Increases in partial amounts shall be permissible. (2) The subscription and acquisition of the new registered shares and every subsequent transfer of these registered shares shall be subject to the transfer restrictions pursuant to article 6 of these Articles of Association. (3) The Board of Directors shall determine the issue price, the type of contribution, the date of issue, the conditions for the exercise of subscription rights and the commencement of dividend entitlement. In this regard, the Board of Directors may issue new registered shares by means of a firm underwriting through a bank, a banking syndicate or another third party and a subsequent offer of these shares to the existing shareholders or third parties. The Board of Directors is authorized to permit, to restrict or to exclude the trade with subscription rights. In the event of subscription rights not being exercised, the Board of Directors may, at its discretion, either allow such rights to expire worthless, or place them or the shares to which they are entitled either at market conditions or use them otherwise in the interests of the Company.	Art. 5 Capital Band (1) The Board of Directors is authorized to increase the share capital at any time until 6 May 2023 by a maximum amount of CHF 2,000,000 by issuing a maximum of 10,000,000 fully paid-up new registered shares with a nominal value of CHF 0.20 each. Increases in partial amounts shall be permissible. The Company has a capital band ranging from CHF 19,000,000 (lower limit) to CHF 22,000,000 (upper limit). Within this capital band, the Board of Directors is entitled to increase or reduce the share capital once or several times until 11 May 2026 or until any earlier elimination of the capital band by any amount or to directly or indirectly acquire or sell shares. Such capital increase or reduction may be conducted by issuing up to 10,000,000 fully paid-up registered shares with a nominal value of CHF 0.20 each or by cancelling up to 5,000,000 registered shares with a nominal value of CHF 0.20 each or by increasing or reducing the nominal value of the existing registered shares within the capital band. (2) [unchanged] (3) The Board of Directors shall In the event of a capital increase under paragraph 1 of this article, the Board of Directors shall determine the number of shares, the issue price, the type of contribution, the date of issue, the

(4) In case of a capital increase out of the authorized capital under paragraph 1 of this article, the Board of Directors is empowered to withdraw or restrict shareholders' subscription rights and to allocate such rights to individual shareholders or third parties in the event: a. of the new shares being used to acquire companies, parts thereof or participations, to acquire products, intellectual property or licenses or for the financing or refinancing of such transactions, or for the financing of new investment projects undertaken by the Company; b. of the new shares being used either to extend the shareholder base in certain financial or investor markets, in conjunction with the listing of new shares on domestic or foreign stock exchanges or for purposes of the participation of strategic partners; c. of the new shares being placed nationally or internationally (including by way of private placement) at not less than market conditions for the purpose of raising equity in a swift and flexible manner that would be difficult to arrange or only at materially less favourable conditions if the subscription rights to the new shares were not restricted or withdrawn; d. in case of good cause in the sense of art. 652b CO.	conditions for the exercise of subscription rights and the commencement of dividend entitlement. In this regard, the Board of Directors may issue new registered shares by means of a firm underwriting through a bank, a banking syndicate or another third party and a subsequent offer of these shares to the existing shareholders or third parties. The Board of Directors is authorized to permit, to restrict or to exclude the trade with subscription rights. In the event of subscription rights not being exercised, the Board of Directors may, at its discretion, either allow such rights to expire worthless, or place them or the shares to which they are entitled either at market conditions or use them otherwise in the interests of the Company. (4) In case of a capital increase out of authorized capital under paragraph 1 of this article, the Board of Directors is empowered to withdraw or restrict shareholders' subscription rights and to allocate such rights to individual shareholders or third parties in the event: [...] a. [unchanged] b. [unchanged] c. [unchanged] d. [unchanged] (5) In the event of any increase in share capital resulting from a conditional capital increase under Article 4 of these Articles of Association, the upper and lower limit of the capital band will be increased to reflect the respective amount of the capital increase. (6) In the event of any reduction of the share capital within the capital band, the Board of Directors shall, to the extent necessary, decide upon the appropriation of the reduction amount. The Board of Directors may also use the reduction amount to fully or partly correct a situation of negative net worth within the meaning of Art. 653p CO or to simultaneously reduce and increase the share capital to at least the previous amount within the meaning of Art. 653q CO.
Art. 6 Share Register, Transfer Restrictions (1) The Company shall keep a share register in which owners and usufructuaries' family and given name (or the company name in case of legal entities), address and citizenship (or the registered office in case of legal entities) are registered. Any person registered in the share register changing its address must inform the Company accordingly.	(1) [unchanged] (2) Persons acquiring registered shares shall on application be entered in the share register without limitation as shareholders with voting rights, provided they expressly declare to have acquired the said shares in their own name and

(2) Persons acquiring registered shares shall on application be entered in the share register without limitation as shareholders with voting rights, provided they expressly declare to have acquired the said shares in their own name and for their own account. (3) Persons not expressly declaring themselves to be holding shares for their own account in their application for entry in the share register or upon request by the Company shall be entered in the share register as shareholder with voting rights without any further inquiry up to a maximum of 5% of the issued share capital at the time. Above this limit shares held by nominees shall be entered in the share register with voting rights only if the nominee in question in the application for registration or thereafter upon request by the Company makes known the names, addresses and shareholdings of the beneficial owners for whose account he is holding 1% or more of the outstanding share capital available at the time and provided that the disclosure requirement stipulated in the Federal Act on Financial Market Infrastructures and Market Conduct in Securities and Derivatives Trading (Financial Market Infrastructure Act, FMIA) is complied with. The Board of Directors may enter into a contractual agreement with such a nominee which, e.g., further specifies the disclosure of beneficial owners and contains rules on the representation of shareholders and the voting rights. The Board of Directors may withhold registration with voting rights until the nominee has entered into such agreement. For purposes of these Articles of Association, (i) a "nominee" is a financial intermediary that does not expressly declare in the application form to hold the shares for its own account and shall include, without limitation, a custodian, nominee of a custodian, depositary, or nominee of a depositary; and (ii) a "beneficial owner" shall include, without limitation, any beneficial owner of depositary interests or depositary receipts representing shares of the Company. (4) After hearing the registered shareholder or Nominee, the Board of Directors may cancel such person's registration in the share register with retroactive effect as of the date of registration if such registration was made based on false or misleading information. Any such cancellation must be communicated immediately to the shareholder concerned. (5) The restrictions on registration according to this article also apply to shares acquired by the exercise of subscription, pre-emptive, option or conversion rights.	for their own account, there is no agreement on the return or redemption of the respective shares in place and they bear the economic risk associated with the shares. (3) Persons not expressly declaring themselves to be holding shares for their own account making a declaration pursuant to paragraph 2 of this article in their application for entry in the share register or upon request by the Company shall be entered in the share register as shareholder with voting rights without any further inquiry up to a maximum of 5% of the issued share capital at the time. Above this limit shares held by nominees shall be entered in the share register with voting rights only if the nominee in question in the application for registration or thereafter upon request by the Company makes known the names, addresses and shareholdings of the beneficial owners for whose account he is holding 1% or more of the outstanding share capital available at the time and provided that the disclosure requirement stipulated in the Federal Act on Financial Market Infrastructures and Market Conduct in Securities and Derivatives Trading (Financial Market Infrastructure Act, FMIA) is complied with. The Board of Directors may enter into a contractual agreement with such a nominee which, e.g., further specifies the disclosure of beneficial owners and contains rules on the representation of shareholders and the voting rights. The Board of Directors may withhold registration with voting rights until the nominee has entered into such agreement. For purposes of these Articles of Association, (i) a "nominee" is a financial intermediary that does not expressly declare in the application form to hold the shares for its own account and shall include, without limitation, a custodian, nominee of a custodian, depositary, or nominee of a depositary; and (ii) a "beneficial owner" shall include, without limitation, any beneficial owner of depositary interests or depositary receipts representing shares of the Company. (4) [<i>unchanged</i>] (5) [<i>unchanged</i>] (6) [<i>unchanged</i>] (7) [<i>unchanged</i>] (8) [<i>unchanged</i>]
--	--

(6) Legal entities and partnerships or other groups of persons or joint ownerships that are related to each other through capital ownership, voting rights, common control or otherwise, as well as individuals or legal entities or partnerships acting in concert (in particular, as a syndicate) in view of a circumvention of the provisions concerning the Nominees are deemed to be one shareholder or one Nominee. (7) The Company may in special cases approve exceptions to the above restrictions (article 6 paragraphs 3, 5 and 6). (8) Until an acquirer becomes a shareholder with voting rights for the shares in accordance with this article 6, she/he may neither exercise the voting rights connected with the shares nor other rights associated with the voting rights.	
Art. 7 Share Certificates and Book Entry Securities (1) The Company may issue its registered shares in the form of single certificates, global certificates or uncertificated securities. (2) Subject to applicable law, the Company may convert its registered shares from one form into another form at any time and without the approval of the shareholders. The Company shall bear the costs associated with any such conversion. (3) A shareholder has no right to request a conversion of the registered shares issued in one form into another form. Each shareholder may, however, at any time request from the Company a written confirmation of the registered shares held by such shareholder, as reflected in the share register. (4) A disposition of shares in the form of uncertificated securities which are not registered in the main register of a custodian shall be effected by way of a written declaration of assignment and requires, as a condition for validity, to be notified to the Company. In contrast, a disposition of shares which exist in the form of book entry securities based on uncertificated securities registered in the main register of a custodian shall solely be effected by entries in securities accounts in accordance with applicable law, without prerequisite to be notified to the Company; a disposition of such shares by way of assignment without corresponding entry in a securities account is excluded.	[unchanged]
Art. 8 Exercise of Rights (1) The Company shall only accept one representative per share.	[unchanged]

(2) The voting right and the rights associated therewith may be exercised vis-à-vis the Company by a shareholder, usufructuary or Nominee only to the extent that such person is registered in the share register with voting rights.	
Art. 9 Mandatory Tender Offer (Opting-up) The duty to make a public tender offer pursuant to article 135 paragraph 1 FMIA only applies if the threshold of 49% of the voting rights of the Company is exceeded (opting-up).	[unchanged]
3. Organization Art. 10 Executive Bodies of the Company The Company's corporate bodies are: A. the General Meeting B. the Board of Directors C. the Statutory Auditors	[unchanged]
A. The General Meeting Art. 11 Powers The General Meeting is the supreme corporate body of the Company. It has the following inalienable powers: 1. to adopt and amend the Articles of Association; 2. to approve the management report, the consolidated accounts and the annual accounts; 3. to pass resolutions on the allocation of the disposable profit and to determine the dividends; 4. to grant discharge to the members of the Board of Directors and the Group Executive Board; 5. to elect and recall the Chairman and the other members of the Board of Directors, the members of the Compensation Committee, the Statutory Auditors, and the Independent Proxy; 6. to approve the aggregate amounts of the maximum compensation of the Board of Directors and the Group Executive Board; 7. to pass resolutions concerning matters which are reserved to the General Meeting by law or by the Articles of Association or which are presented to it by the Board of Directors.	The General Meeting is the supreme corporate body of the Company. It has the following inalienable powers: 1. [unchanged]. 2. [unchanged]. 3. to pass resolutions on the allocation of the disposable profit and to determine the dividend and the shares of the profit paid to the board members. 4. to determine the interim dividend and approve the interim account required therefor. 5. to pass resolutions on repaying the statutory capital reserve. 6. [previously no 4]. 7. [previously no 5]. 8. to approve the aggregate amounts of the maximum compensation of the Board of Directors and, the Group Executive Board and the board of advisors.

	9. to delist the equity securities of the Company. 10. [previously no 7].
Art. 12 Convening (1) The General Meeting shall be convened by the Board of Directors, or by the Statutory Auditors if necessary. Liquidators and, in the case of bond issues, representatives of bond holders shall also be entitled to convene a General Meeting. (2) The Board of Directors, or any other body lawfully convening the General Meeting, shall determine the time and location of the General Meeting which can be held outside of Switzerland. (3) The ordinary General Meeting shall be held annually within six months after the close of the business year. Extraordinary General Meetings shall be convened as often as necessary, in particular, in all cases required by law. (4) The convening of a General Meeting may also be requested by one or more shareholders together representing at least 10% of the Company's share capital. Shareholders who together represent 5% of the share capital or shares with a total nominal value of at least CHF 1 million may request that an item be placed on the agenda of a General Meeting, provided they submit details thereof to the Company in writing at least 45 calendar days in advance of the General Meeting concerned.	Art. 12 Convening and Conducting the General Meeting (1) [unchanged] (2) The Board of Directors, or any other body lawfully convening the General Meeting, shall determine the time and location of the General Meeting, which can be held outside of Switzerland. The Board of Directors, or any other body lawfully convening the General Meeting, may also decide that: a) the General Meeting be held in various locations at the same time; b) shareholders not present at the General Meeting can exercise their rights electronically; c) the General Meeting be held with no venue by electronic means. (3) The Board of Directors shall regulate the use of electronic means. It shall ensure that: a) the identity of the participants is established; b) the oral contributions at the general meeting are directly transmitted; c) each participant can table motions and participate in the debate; d) the result of the vote cannot be falsified. (4) [previously para (3)]. (5) The convening of a General Meeting may also be requested by one or more shareholders together representing at least 10%5% of the Company's share capital or of the votes. Shareholders who together represent at least 5%0.5% of the share capital or shares with a total nominal value of at least CHF 1 million of the votes may request that an item be placed on the agenda of a General Meeting, provided they submit details thereof to the Company in writing at least 45 calendar days in advance of the General Meeting concerned.
Art. 13 Calling Procedure (1) Notice of the ordinary or extraordinary General Meeting shall be given by publication in the Swiss Official Gazette of Commerce at least 20 calendar days before the date of the meeting. To the extent the post and/or e-mail addresses of the shareholders are known, notice may also be sent by post and/or e-mail. The notice shall state the date, time and place of the Meeting, the agenda and the motions of the Board of Directors and the shareholders who have requested a General Meeting or that an item be included on the agenda.	(1) Notice of the ordinary or extraordinary General Meeting shall be given by publication in the Swiss Official Gazette of Commerce at least 20 calendar days before the date of the meeting. To the extent the post and/or e-mail addresses of the shareholders are known, notice may also be sent by post and/or e-mail. The notice shall state the form, date, time and, if necessary, the place of the Meeting, the agenda and the motions of the Board of Directors and the shareholders who have requested a General Meeting or that an item be included on the

(2) The annual business report and the Auditors' report must be submitted for examination by the shareholders at the registered office of the Company at least 20 calendar days prior to the date of the ordinary General Meeting. Reference to such submission and to the shareholders' right to request the conveying of these documents to them shall be included in the notice to the General Meeting.	agenda (including a short explanation) as well as the name and address of the independent proxy. (2) The shareholders shall be given access to the annual business report and the Auditors' report must be submitted for examination by the shareholders at the registered office of the Company at least 20 calendar days prior to the date of the ordinary General Meeting. If the documents are not electronically accessible, any shareholder may request that they be sent to them in good time. If the documents are not electronically accessible, any shareholder may for one year following the General Meeting request that they be sent the annual report in the form approved by the General Meeting together with the Auditors' reports. Reference to such submission and to the shareholders' right to request the conveying of these documents to them shall be included in the notice to the General Meeting.
Art. 14 Chair, Organization and Minutes (1) The General Meeting shall be chaired by the Chairman of the Board of Directors, or, in his absence, by the vice-chairman or another member of the Board of Directors, or by another chairman elected for that day by the General Meeting (the "Chairman"). The Chairman designates a Secretary for the minutes and the scrutineers who do not need to be shareholders. (2) The Chairman shall conduct the meeting, its proceedings and all voting, and shall announce the voting results. The Chairman shall have the necessary authority to ensure a normal course of events. (3) The Board of Directors is responsible for the keeping of the minutes, which are to be signed by the Chairman and by the Secretary.	[unchanged]
Art. 15 Voting Rights and Representation of Shares (1) Each share entitles its holder to one vote. Only those shareholders entered in the share register as shareholders with voting rights in accordance with article 6 of the Articles of Association until a specific qualifying day (record date) designated by the Board of Directors are entitled to vote at the General Meeting. In the absence of such designation, the record date shall be ten days prior to the General Meeting. The Board of Directors may, in the notice of a General Meeting or in general regulations or directives, specify or supplement the rules laid down in this paragraph.	(1) [unchanged] (2) [unchanged] (3) The members of the Board of Directors and the Group Executive Board are allowed to represent shareholders provided that this does not constitute an institutionalized representation of shareholders. Custodians may represent shareholders and shall not be deemed depositary representatives (in the sense of Art. 689d CO Art. 689e CO), provided

(2) A shareholder may be represented at a General Meeting by means of a written proxy by a third person who does not need to be a shareholder. (3) The members of the Board of Directors and the Group Executive Board are allowed to represent shareholders provided that this does not constitute an institutionalized representation of shareholders. Custodians may represent shareholders and shall not be deemed depositary representatives (in the sense of Art. 689d of the Swiss Code of Obligations), provided that they act based on a written proxy and in accordance with specific or general instructions of the relevant shareholder. (4) The Board of Directors may adopt procedural provisions in connection with the participation and representation of shareholders in the General Meeting and in particular regulate in more detail the issuing of instructions to the Independent Proxy. It shall make sure that the shareholders may grant powers of attorney and issue instructions to the Independent Proxy by electronic means. In doing so, the Board of Directors is, by derogation of paragraph 2, entitled to waive entirely or in part the requirement of a qualified electronic signature. (5) The recognition of proxies at a General Meeting shall be determined by the attending members of the Board of Directors.	that they act based on a written proxy and in accordance with specific or general instructions of the relevant shareholder. (4) [<i>unchanged</i>] (5) [<i>unchanged</i>]
Art. 16 Independent Proxy (1) The Independent Proxy shall be elected by the General Meeting for a term of one year ending with the adjournment of the next Ordinary General Meeting. Natural persons as well as legal entities and partnerships are eligible. Re-election is permitted. (2) The Independent Proxy is obliged to exercise the represented voting rights in accordance with instructions. If no instructions have been obtained, the Independent Proxy shall abstain from voting. The general instruction to vote according to the proposal of the Board of Directors in respect of proposals announced or not announced in the invitation shall be considered a valid instruction to exercise voting rights. (3) The Independent Proxy may be represented at the General Meeting by a representative or an auxiliary person. The Independent Proxy remains fully responsible for fulfilling its duties. (4) If the Independent Proxy is not able to continue to hold office, if the Board of Directors lawfully suspends the Independent Proxy from its office, or if	[<i>unchanged</i>]

the Company does not have an Independent Proxy capable of acting for other reasons, then the Board of Directors shall appoint an Independent Proxy for the next General Meeting. Proxies and voting instructions that were already issued remain valid for the new Independent Proxy as long as a shareholder does not explicitly direct otherwise. (5) The Board of Directors shall make arrangements for shareholders to have the possibility of issuing authorizations and instructions to the Independent Proxy by electronic means and it has the power to deviate from the requirement of the qualified electronic signature. The Board may determine the details.	
Art. 17 Voting and Elections (1) Unless otherwise stipulated by law or by these Articles of Association, the General Meeting shall pass resolutions and conduct elections by a simple majority of share votes cast, regardless of the number of shareholders present or the number of shares represented. Abstentions and invalid votes shall not be counted as votes cast. (2) The Chairman decides on the voting procedure. (3) In particular, a vote may be conducted by electronic or written ballot or by a show of hands. In the case of written ballots, the Chairman may rule that only the ballots of those shareholders shall be collected who chose to abstain or to cast a negative vote, and that all other shares represented at the General Meeting at the time of the vote shall be counted in favour, in order to expedite the counting of the votes. (4) The Chairman may order at any time that an election or vote by open or electronic ballot be repeated by an election or vote by written ballot where, in his view, there exists doubt as to the results. In such case, the foregoing election or vote by open or electronic ballot shall be considered as not having taken place.	(1) [<i>unchanged</i>] (2) [<i>unchanged</i>] (3) [<i>unchanged</i>] (4) [<i>unchanged</i>] (5) If technical problems arise during the General Meeting, with the result that the General Meeting cannot be duly conducted, the meeting must be held again. Resolutions that the General Meeting has passed before the technical problems arise remain valid. (6) The resolutions and the election results with details of the exact percentage of votes for and against shall be made electronically accessible within 15 days following the General Meeting.
Art. 18 Quorums A resolution of the General Meeting passed by at least two thirds of the represented share votes and the absolute majority of the represented shares par value is required for: - the cases listed in Article 704 paragraph 1 CO and in Article 18 and 64 of the Merger Act; - the easement or abolition of the restriction of the transferability of the registered shares;	[<i>unchanged</i>]

3. any change to the provisions of this article 18 of these Articles of Association.	
B. Board of Directors Art. 19 Composition (1) The Board of Directors shall consist of at least five members. The Chairman and the other members of the Board of Directors shall be elected by the General Meeting individually for a term of office of one year until conclusion of the next ordinary General Meeting. Re-election is possible. (2) The Board of Directors shall constitute itself, subject to the applicable provisions of law and of these Articles of Association. (3) If the office of the chair of the Board of Directors is vacant, then the Board of Directors shall appoint one of its members as Chairman until the next ordinary General Meeting.	[unchanged]
Art. 20 Powers (1) The Board of Directors is entrusted with the ultimate direction of the Company as well as the supervision of the management. It represents the Company towards third parties and attends to all matters that are not delegated to or reserved for another corporate body of the Company by law, the Articles of Association or the Organizational Regulations. (2) The Board of Directors may delegate in whole or in part the management and the representation of the Company within the framework set forth by these Articles of Association and the law to one or several natural persons or members of the Board of Directors. The Board shall regulate the corresponding contractual relations. (3) The Board of Directors has the following non-transferable and inalienable duties: 1. ultimate management of the Company and the issuance of necessary directives; 2. determination of the Company's organization; 3. structuring of the accounting system, the financial controls and the financial planning; 4. appointment and dismissal of persons entrusted with management and representation of the Company, issuance of rules on the signature authority and determination of their powers; 5. ultimate supervision of the persons entrusted with management, in particular in view of compliance with the law, the Articles of Association, regulations and directives;	(1) [unchanged] (2) [unchanged] (3) The Board of Directors has the following non-transferable and inalienable duties: 1. [unchanged] 2. [unchanged] 3. [unchanged] 4. [unchanged] 5. [unchanged] 6. [unchanged] 7. [unchanged] 8. [unchanged] 9. filing an application for a debt restructuring moratorium and notification of the judge court in the event of over-indebtedness; 10. [unchanged].

6. preparation of the annual report and the compensation report, and preparation of the General Meeting and implementation of its resolutions; 7. adoption of resolutions regarding the subsequent payment of capital with respect to non-fully paid-in shares and regarding the amendments to the Articles of Association entailed thereby; 8. adoption of resolutions confirming increases in the share capital, regarding the preparation of the capital increase report and regarding the amendments to the Articles of Association entailed thereby; 9. notification of the judge in the event of over-indebtedness; 10. all other non-transferable and inalienable duties attributed to the Board of Directors by law or these Articles of Association.	
Art. 21 Meetings (1) The Board of Directors shall meet as often as the business of the Company requires. It shall be convened by the Chairman or, in his absence, by another Board member. (2) The organization of the meetings, the presence quorum and the passing of resolutions or the Board of Directors shall be set out in the Organizational Regulations. (3) The Chairman shall have the casting vote. (4) Minutes shall be kept of the deliberations and resolutions of the Board of Directors. The minutes shall be signed by the Chairman and the Secretary of the Board of Directors.	(1) [<i>unchanged</i>] (2) [<i>unchanged</i>] (3) [<i>unchanged</i>] (4) Minutes shall be kept of the deliberations and resolutions of the Board of Directors. The minutes shall be signed by the Chairman and the Secretary of the Board of Directors and by the minute-taker.
Art. 22 Compensation Committee (1) The Compensation Committee shall consist of at least three members of the Board of Directors. The members of the Compensation Committee shall be elected individually by the General Meeting for a term of office of one year until completion of the next ordinary General Meeting. Re-election is permissible. (2) The Compensation Committee shall constitute itself. The Board of Directors shall designate from amongst the members of the Compensation Committee a Committee chairman, and shall issue regulations defining, in particular, the tasks and powers of the Compensation Committee in accordance with the law and these Articles of Association.	[<i>unchanged</i>]

(3) In the event that the Compensation Committee is not fully constituted, the Board of Directors shall appoint from amongst its members an appropriate number of Compensation Committee members ad interim until the next ordinary General Meeting; the calling of a General Meeting in accordance with Art. 726 paragraph 2 of the Swiss Code of Obligations is reserved. (4) The Compensation Committee assists the Board of Directors in determining and reviewing the Company's compensation strategy and guidelines and the qualitative and quantitative criteria for compensation, and with the preparation of the proposals to the General Meeting concerning compensation of the Board of Directors and the Group Executive Board. It may submit to the Board of Directors suggestions and recommendations on further compensation matters. (5) The Board of Directors will provide for possible further duties and responsibilities of the Compensation Committee in the Organizational Regulations.	
C. Auditors Art. 23 Appointment of Auditors, Authority and Duties (1) The General Meeting shall elect the Auditors for a term of office of one year until the completion of the next ordinary General Meeting. Re-election and revocation are possible at any time. (2) The Auditors shall perform a regular audit of the Company's annual financial statements. (3) The Auditors shall have the powers and duties vested in them by law.	[unchanged]
4. Compensation and related provisions Art. 24 Compensation of the Board of Directors The members of the Board of Directors shall receive a fixed compensation. It consists of a fixed base fee and, if applicable, fixed fees for memberships in committees as well as for particular roles within the Board of Directors. The Board of Directors or a committee thereof may determine that the compensation of all or individual members of the Board of Directors be paid in part or in full in the form of shares that are freely tradable or blocked for trading for a specific period, or similar equity awards. If so determined by the Board of Directors, such shares can be made subject to forfeiture conditions or claw back mechanisms.	[unchanged]

Art. 25 Compensation of the Group Executive Board (1) The members of the Group Executive Board shall receive fixed compensation consisting of a base salary and certain other employment payments and benefits. (2) In addition, the members of the Group Executive Board may receive variable compensation. Variable compensation paid or granted to the members of the Group Executive Board in relation to a certain year may consist of a cash bonus and equity awards plus, if applicable, social security and pension plan contributions on the part of the employer. In exceptional cases, the members of the Group Executive Board may receive an additional discretionary bonus upon prior approval by the General Meeting. (3) Variable compensation shall be based on quantitative and qualitative performance criteria that take into account the performance of the Company and the group and/or operating units thereof, and/or individual targets. The Board of Directors or the Compensation Committee determines performance criteria, target levels, and their achievement (it being understood that the determination of individual targets and their achievement may be delegated to the chief executive officer in respect to any other member of the Group Executive Board). If deemed appropriate, the Board of Directors or Compensation Committee may also grant long-term incentive awards that are linked to future performance independently from the achievement of targets in the past. (4) The cash bonus is paid out based on achievements, applying the above criteria and framework. (5) The amount of equity awards granted shall be determined by the Board of Directors or the Compensation Committee and may consist of entitlements to receive shares, restricted stock, performance shares or any other equity instruments. (6) The Board of Directors or the Compensation Committee shall be responsible for determining for each member of Group Executive Board the ratio between the base annual salary and the components of variable compensation or to set the mechanism based on which such ratio is determined. In accordance with, and subject to, article 26 of the Articles of Association, in no event shall the aggregate compensation (including fixed and variable compensation) paid with respect to any calendar year to all members of Group Executive Board exceed the total aggregate amount previously approved by the General Meeting for the	[unchanged]
--	---------------------

compensation of the Group Executive Board for such calendar year.	
Art. 26 General Principles of Compensation (1) Legal entities which are directly or indirectly controlled by the Company may pay compensation to members of the Board of Directors or of the Group Executive Board for their services, provided that such compensation is covered by an approved aggregate amount or an additional amount pursuant to article 27. (2) In particular the following items are not deemed compensation, loans or credits and shall not be added to the amounts subject to approval according to article 27: a. Reimbursement of expenses and tax-deductible lump-sum expenses; b. premiums for insurance which are in the view of the Compensation Committee entered into in the interest of the Company; c. insignificant benefits in kind, general employee benefits and other similar fringe benefits; and d. indemnification, advances and insurances according to paragraph 3 of this article. (3) The Company may, to the extent permitted by applicable law, indemnify members of the Board of Directors or the Group Executive Board for any prejudice suffered through administrative or judicial proceedings, or settlements, in connection with their services for the company, or provide advances on such amounts, or purchase insurance. Such indemnification, advances, and insurance shall not be counted as compensation. (4) Any equity awards constitute compensation for the year stipulated by the Board of Directors and failing any such stipulation shall constitute compensation for the year during which they are granted. The Board of Directors may determine that all or part of an award shall constitute variable compensation in a different year from the year in which it is granted and be valued at fair value or face value and at a different date from the date of grant. (5) The Board of Directors or the Compensation Committee is authorized to specify any further terms and conditions of equity awards or variable compensation, be it in bonus and equity incentive plans, employment or award agreements or otherwise. They shall determine grant, vesting, blocking, performance, exercise and forfeiture conditions of any equity awards and may provide for mechanisms for adjustment or claw back of variable compensation. In particular, they may provide that certain variable compensation or their cash equivalent is paid or granted during garden leave (in	[unchanged]

which case the payout may be based on the average bonus or incentive paid in the last year(s) or on the target bonus or incentive), and that equity awards will vest and any blocking periods will be waived (i) in the event of a change in control regarding the Company and (ii) in the event of termination of employment of a member of the Group Executive Board.	
Art. 27 Approval by the General Meeting (1) Each year the ordinary General Meeting shall approve on the proposals by the Board of Directors regarding the maximum aggregate amount each of: a. the compensation of the Board of Directors according to article 24 that may be paid or allocated in the subsequent financial year; and b. the compensation of the Group Executive Board according to article 25 that may be paid or allocated in the subsequent financial year. (2) If the General Meeting does not approve an aggregate amount pursuant to paragraph 1 of this article, the Board of Directors shall consider the results of the vote, other shareholder feedback and other matters in its discretion and it may thereafter submit a new proposal for such aggregate amount at a subsequent (extraordinary or ordinary) General Meeting, and the Company may pay compensation subject to the subsequent approval. The Board of Directors may also split proposals for approval by submitting proposals in respect to particular elements of compensation, shorter periods of time, or a more limited group of persons. (3) The General Meeting may at any time approve a subsequent increase of an approved aggregate amount or approve additional amounts for certain elements of compensation. In particular, it may approve a possible extraordinary bonus payable (i) to the Board of Directors in cash or shares for extraordinary and additional work performed in a preceding period or (ii) to the Group Executive Board for the performance in the prior calendar year outside of and in addition to any bonus paid within the scope of paragraph 1 lit. b above. (4) The Company is authorized to pay compensation (including indemnification for loss of compensation or for financial disadvantages in connection with the change of employment) to such members of the Group Executive Board who after the relevant approval resolution by the General Meeting (i) join the Group Executive Board or (ii) are promoted within the Group Executive Board, even if the total amount already approved by the General Meeting is not sufficient. These supplementary amounts do not	(1) [unchanged] (2) [unchanged] (3) [unchanged] (4) The Company is authorized to pay compensation (including indemnification for loss of compensation or for financial disadvantages in connection with the change of employment) to such members of the Group Executive Board who after the relevant approval resolution by the General Meeting (i) join the Group Executive Board as a new member or (ii) are promoted within the Group Executive Board, even if the total amount already approved by the General Meeting is not sufficient. These supplementary amounts do not need to be approved by the General Meeting, provided that their sum in each single relevant period of time does not exceed 50% of the approved maximum aggregate amount (in full, not pro rata temporis) of the compensation of the members of the Group Executive Board for the same period of time for which approval by the General Meeting has already been obtained. (5) [unchanged]

need to be approved by the General Meeting, provided that their sum in each single relevant period of time does not exceed 50% of the approved maximum aggregate amount (in full not pro rata temporis) of the compensation of the members of the Group Executive Board for the same period of time for which approval by the General Meeting has already been obtained. (5) Any excess of the approved maximum aggregate amounts due to exchange rate fluctuations shall be disregarded .	
Art. 28 External Mandates (1) A member of the Board of Directors shall hold no more than the following numbers of further mandates: a. up to fifteen mandates in companies, whereof up to five in listed companies; b. up to twenty mandates in foundations, associations, charitable organizations and similar organizations. (2) A member of the Group Executive Board of Directors shall hold no more than the following numbers of further mandates: a. up to four mandates in companies, whereof up to two in listed companies; b. up to ten mandates in foundations, associations, charitable organizations and similar organizations. (3) Mandates held in different legal entities of the same group, in companies connected among each other, or by order of the Company or of another legal entity pursuant to paragraph 1 or 2 above (including in pension funds and joint ventures) shall not count as separate mandates. It is admissible to exceed the limitations set forth in this article for a short period of time. (4) A "mandate" within the meaning of this article shall mean a mandate in superior governing or administrative bodies of legal entities that are obliged to register themselves in the commercial registry or any comparable foreign register except for the Company and any entity controlled by, or controlling, the Company.	(1) A member of the Board of Directors shall hold no more than the following numbers of further mandates: a. up to fifteen mandates in companies with an economic purpose, whereof up to five in listed companies with an economic purpose; b. [<i>unchanged</i>] (2) A member of the Group Executive Board of Directors shall hold no more than the following numbers of further mandates: a. up to four mandates in companies with an economic purpose, whereof up to two in listed companies with an economic purpose; b. [<i>unchanged</i>] (3) [<i>unchanged</i>] (4) A "mandate" within the meaning of this article shall mean a mandate in superior governing or administrative bodies of legal entities that are obliged to register themselves in the commercial registry or any comparable foreign register except for the Company and any entity controlled by, or controlling, the Company any membership in the Board of Directors, the Group Executive Board or the board of advisors or any comparable role under foreign law in a company with an economic purpose.

Art. 29 Agreements with members of the Board of Directors and the Group Executive Board (1) Agreements with members of the Board of Directors on which the compensation paid to such members is based, and employment agreements with the members of Group Executive Board may be concluded for a definite or indefinite term. The maximum term of agreements concluded for a definite term shall be one year. Renewal of such agreements is permitted. The maximum termination notice period for agreements of indefinite term shall be 12 months. (2) The Company may enter into compensated non-competition agreements with members of the Group Executive Board with a duration of up to 18 months after termination of the employment. The compensation payable for each year of the non-compete obligation shall not exceed the sum of (i) the last annual base salary of the member, (ii) the member's prior year target bonus, and (iii) health and/or dental premium payments based upon the member's elections in effect as of the termination. For part of a year the sum will be calculated pro rata. (3) During an exemption, the variable compensation may be paid pro rata.	(1) [<i>unchanged</i>] (2) The Company may enter into compensated non-competition agreements with members of the Group Executive Board with a duration of up to 18 months after termination of the employment. The compensation payable for each year of the non-compete obligation shall not exceed the sum of (i) the last annual base salary of the member, (ii) the member's prior year target bonus, and (iii) health and/or dental premium payments based upon the member's elections in effect as of the termination, <i>but in no event shall the average of the compensation of the last three financial years be exceeded.</i> For part of a year the sum will be calculated pro rata. (3) [<i>unchanged</i>]
Art. 30 Loans, Credits, and Retirement Benefits (1) The Company may grant members of the Group Executive Board loans, credits, guarantees or other securities at market terms up to an aggregate amount per member of (i) 500% of such member's current annual base compensation as collateralized loan for the purchase of real property and/or (ii) 200% of such member's current annual base compensation for other loans, credits, guarantees or other securities. (2) The Company may establish one or more independent pension funds for occupational pension benefits or may join such funds. Contributions to such pension funds on the part of the employer, but not benefits which are paid out by such pension funds, are deemed part of the compensation. Retirement benefits accumulated or paid directly by the employer based on applicable regulations on occupational pension benefits (including under qualified and non-qualified defined contribution plans) are treated the same way as contributions to and benefits by pension funds. (3) Instead or in addition to benefits pursuant to paragraph 1 of this article, the Company and its subsidiaries may directly offer retirement benefits (such as pensions, purchase of health care	[<i>unchanged</i>]

insurances, etc.) outside of the scope of occupational pension benefit regulations to members of the Group Executive Board and may pay them out after retirement. The capitalized amount of such retirement benefits shall not exceed twenty times the last paid out annual base salary of the respective member per year. The value of a pension shall be determined based on recognized actuarial methods. The payment of bridge or interim annuities between early retirement and the regular retirement age is possible. In addition, the members of the Group Executive Board may participate in the health plans maintained by the Company.	
Art. 31 Legal Nature The provisions of this section are of a corporate law nature and do not create individual claims for benefits.	[unchanged]
5. Accounting Art. 32 Financial Year and annual report (1) The Board of Directors shall determine the Company's financial year. (2) The Board of Directors shall prepare for each financial year an annual report which includes the annual accounts (comprising income statement, balance sheet and notes to the accounts, and, where appropriate, a cash flow statement), the management report, and the consolidated accounts.	[unchanged]
Art. 33 Appropriation of the Profit (1) Subject to mandatory statutory provisions, the General Meeting shall resolve on the allocation of the profit shown in the balance sheet, and in particular determine the amount of the dividend. (2) In addition to the reserves required by law, the General meeting may create other reserves. (3) Dividends and similar distributions which have not been collected within five years after their due date shall lapse and shall be forfeited to the Company.	[unchanged]
6. Dissolution and Liquidation Art. 34 Dissolution and Liquidation (1) The General Meeting may at any time resolve the dissolution and liquidation of the Company in	[unchanged]

accordance with the law and these Articles of Association. (2) The liquidation shall be carried out by the Board of Directors to the extent that the General Meeting has not entrusted the same to other persons as liquidators. (3) The liquidators shall have unencumbered power and authority to liquidate all corporate assets and wind up the Company. (4) Upon discharge of all liabilities, the assets of the Company shall be distributed to the shareholders proportional to the nominal values of their shares.	
7. Communications and Jurisdiction Art. 35 Means of Publication (1) Notices by the Company to the shareholders and other announcements shall be published in the Swiss Official Gazette of Commerce. (2) The Board of Directors may designate further means of publication. (3) To the extent the Company communicates to its shareholders by mail, such communications shall be sent by ordinary mail to the recipient and address recorded in the share register or in such other form as the Board of Directors deems fit.	[unchanged]
Art. 36 Jurisdiction The exclusive place of jurisdiction for any disputes arising from or in connection with the corporate relationship shall be at the registered office of the Company.	[unchanged]
8. Prevailing Version Art. 37 Prevailing Version A German and an English version exist of these Articles of Association. The German version shall prevail.	[unchanged]

Bussnang, 30 March 2023

Stadler Rail AG
Ernst-Stadler-Strasse 1
CH-9565 Bussnang
T +41 71 626 86 80
ir@stadlerrail.com

www.stadlerrail.com

Bussnang, 30. März 2023

**Einladung zur 32. ordentlichen Generalversammlung der Stadler Rail AG am
Freitag, 12. Mai 2023, um 16.00 Uhr**

Sehr geehrte Aktionärin, sehr geehrter Aktionär

Durch die Pandemie war es bisher leider nicht möglich, Sie persönlich an einer Generalversammlung begrüßen zu dürfen. Umso mehr freut es mich, Sie im Namen des Verwaltungsrates der Stadler Rail AG zur diesjährigen ordentlichen Generalversammlung 2023 einzuladen. Zum ersten Mal seit unserem Börsengang im April 2019 findet diese als Präsenzveranstaltung auf dem Gelände der Olma Messen statt.

Das Jahr 2022 war in vielerlei Hinsicht ein aussergewöhnlich herausforderndes Jahr – geprägt von einer Kombination aus Inflation, Energie- und Rohstoffpreissteigerungen, Lieferkettenproblemen, Währungsverwerfungen und geopolitischen Spannungen aber auch von erfreulichen Rekorden und zahlreichen Erfolgen. Unter diesen anspruchsvollen Bedingungen haben wir einmal mehr mit einer ausgezeichneten operativen Leistung die Stärke und Widerstandsfähigkeit unseres Geschäftsmodells unter Beweis gestellt.

Alle Traktanden der Generalversammlung und die Anträge mit den Erläuterungen finden Sie auf den nachfolgenden Seiten. Unter anderem werden wir Sie dieses Jahr um Ihre Zustimmung zu einigen Statutenänderungen ersuchen. Diese dienen der Umsetzung der Änderungen im schweizerischen Gesellschaftsrecht, die u.a. die Aktionärsrechte stärken. Bitte verwenden Sie für die Anmeldung zur Generalversammlung bzw. die Vollmachterteilung das beiliegende Formular oder registrieren Sie sich auf der Aktionärsplattform (<https://stadlerrail.netvote.ch>).

Unsere Generalversammlung findet am Freitag, 12. Mai 2023, auf dem Gelände der Olma Messen in St. Gallen statt. Die Generalversammlung beginnt um 16.00 Uhr (Türöffnung um 14.30 Uhr).

Der Verwaltungsrat und ich freuen uns, Sie persönlich an der Generalversammlung 2023 begrüßen zu dürfen.

Mit den besten Grüssen



Peter Spuhler
Exekutiver Verwaltungsratspräsident



EINLADUNG

ZUR ORDENTLICHEN GENERALVERSAMMLUNG **2023**

OLMA
MESSEN
ST. GALLEN

12. Mai 2023
16.00 Uhr
Halle 9
(Haupthalle*)

* Nebenhallen nach Bedarf

STADLER

TRAKTANDEN UND ANTRÄGE DES VERWALTUNGSRATES

1. **GENEHMIGUNG DES LAGEBERICHTS, DER JAHRESRECHNUNG UND DER KONZERN-RECHNUNG DER STADLER RAIL AG FÜR DAS GESCHÄFTSJAHR 2022 NACH KENNTNISNAHME VON DEN BERICHTEN DER REVISIONSSTELLE**

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt die Genehmigung des Lageberichts, der Jahresrechnung und der Konzernrechnung der Stadler Rail AG für das Geschäftsjahr 2022 nach Kenntnisnahme der Berichte der Revisionsstelle.

ERLÄUTERUNG: Der Verwaltungsrat ist gesetzlich verpflichtet, den Lagebericht, die Jahresrechnung und die Konzernrechnung für jedes Rechnungsjahr der Generalversammlung zur Genehmigung vorzulegen. Die Revisionsstelle KPMG AG, Zürich, hat die Konzernrechnung der Stadler Rail-Gruppe und die Jahresrechnung der Stadler Rail AG geprüft. Die Genehmigung der Jahresrechnung ist Voraussetzung für den Beschluss über die Verwendung des Bilanzgewinns, insbesondere die Festsetzung der Dividende.

2. **BESCHLUSSFASSUNG ÜBER DIE VERWENDUNG DES BILANZGEWINNES UND AUSSCHÜTTUNG EINER DIVIDENDE**

In CHF	2022
Gewinnvortrag aus dem Vorjahr	169'339'709
Jahresgewinn gemäss Erfolgsrechnung	161'109'869
Zur Verfügung der Generalversammlung	330'449'578
ANTRAG: Ausschüttung einer Dividende ¹ Vortrag auf neue Rechnung	90'000'000 240'449'578
Total Gewinnverwendungsantrag des Verwaltungsrats	330'449'578

¹ Die zum Zeitpunkt der Dividendenausschüttung im Eigenbesitz gehaltenen Aktien sind nicht dividendenberechtigt. Die Höhe der Auszahlung wird daher im Zeitpunkt der Dividendenausschüttung entsprechend gekürzt.

Bei Genehmigung dieses Antrags erfolgt eine Brutto-Dividendenausschüttung (vor Steuern und Abgaben) von CHF 0.90 pro Namenaktie. Die Auszahlung der Dividende erfolgt Valuta 19. Mai 2023. Der letzte Handelstag, der zum Erhalt der Dividende berechtigt, ist der 15. Mai 2023. Ab dem 16. Mai 2023 werden die Aktien ex-Dividende gehandelt.

ERLÄUTERUNG: Die Ausschüttung einer Dividende erfordert einen Beschluss der Generalversammlung. Die beantragte Verwendung des verfügbaren Bilanzgewinns steht im Einklang mit der starken operativen Leistung der Stadler Rail-Gruppe.

3. ENTLASTUNG DER MITGLIEDER DES VERWALTUNGSRATES UND DER KONZERNLEITUNG

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt, jedem Mitglied des Verwaltungsrates und der Konzernleitung für ihre Tätigkeiten im Geschäftsjahr 2022 Entlastung zu erteilen.

ERLÄUTERUNG: Mit der Entlastung der Mitglieder des Verwaltungsrats und der Konzernleitung erklären die Gesellschaft sowie die zustimmenden Aktionäre, dass sie die verantwortlichen Personen für Ereignisse aus dem vergangenen Rechnungsjahr, die der Generalversammlung zur Kenntnis gebracht wurden, nicht mehr zur Rechenschaft ziehen werden.

4. WAHL DES VERWALTUNGSRATES

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt die Wiederwahl der gegenwärtigen Mitglieder des Verwaltungsrates, je für eine weitere Amtsdauer bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

ERLÄUTERUNG: Die Amtsdauer der Verwaltungsratsmitglieder endet mit dem Abschluss der ordentlichen Generalversammlung vom 12. Mai 2023. Die Wahl der Verwaltungsratsmitglieder erfolgt durch die Generalversammlung, je für die Dauer von einem Jahr bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Sämtliche Mitglieder des Verwaltungsrates stellen sich für eine weitere Amtsperiode zur Wahl. Informationen zu den beruflichen Hintergründen der gegenwärtigen Mitglieder des Verwaltungsrats sowie zu den Mitgliedschaften in den Ausschüssen des Verwaltungsrats finden Sie ab Seite 43 des Geschäftsberichts, der unter https://www.stadlerrail.com/media/pdf/stadler_geschaeftsbericht_2022_de.pdf verfügbar ist.

- 4.1. Wiederwahl von **Peter Spuhler**
- 4.2. Wiederwahl von **Hans-Peter Schwald**
- 4.3. Wiederwahl von **Barbara Egger-Jenzer**
- 4.4. Wiederwahl von **Prof. Dr. Christoph Franz**
- 4.5. Wiederwahl von **Wojciech Kostrzewa**
- 4.6. Wiederwahl von **Doris Leuthard**
- 4.7. Wiederwahl von **Kurt Rüegg**
- 4.8. Wiederwahl von **Prof. Dr. Stefan Asenkerschbaumer**

5. WAHL DES PRÄSIDENTEN DES VERWALTUNGSRATES

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt die Wiederwahl von Peter Spuhler als Präsident des Verwaltungsrates für eine weitere Amtsperiode bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

ERLÄUTERUNG: Die Amtsdauer des Verwaltungsratspräsidenten endet mit dem Abschluss der ordentlichen Generalversammlung vom 12. Mai 2023. Die Wahl des Verwaltungsratspräsidenten erfolgt durch die Generalversammlung für die Dauer von einem Jahr bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Peter Spuhler stellt sich für eine weitere Amtsperiode zur Wahl.

6. WAHL DER MITGLIEDER DES VERGÜTUNGSAUSSCHUSSES

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt die Wiederwahl der gegenwärtigen Mitglieder des Vergütungsausschusses, je für eine weitere Amtsperiode bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

ERLÄUTERUNG: Die Amtsdauer der Mitglieder des Vergütungsausschusses endet mit dem Abschluss der ordentlichen Generalversammlung vom 12. Mai 2023. Die Wahl der Mitglieder des Vergütungsausschusses erfolgt durch die Generalversammlung, je für die Dauer von einem Jahr bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Sämtliche Mitglieder des Vergütungsausschusses stellen sich zur Wiederwahl.

- 6.1. Wiederwahl von **Barbara Egger-Jenzer**
- 6.2. Wiederwahl von **Prof. Dr. Christoph Franz**
- 6.3. Wiederwahl von **Peter Spuhler**
- 6.4. Wiederwahl von **Hans-Peter Schwald**

7. WAHL DER REVISIONSSTELLE

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt die Wiederwahl der KPMG AG, Zürich, als Revisionsstelle bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

ERLÄUTERUNG: Die Generalversammlung wählt die Revisionsstelle jeweils für eine Amtsdauer von einem Jahr bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Wiederwahl ist zulässig. KPMG AG, Zürich, ist seit dem Geschäftsjahr 2011 Revisionsstelle von Stadler und wird vom Verwaltungsrat für eine weitere Amtsdauer von einem Jahr zur Wahl vorgeschlagen.

8. WAHL DES UNABHÄNGIGEN STIMMRECHTSVERTRETERS

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt die Wahl von Ulrich B. Mayer, Dorfstrasse 10, 8185 Winkel, als unabhängigen Stimmrechtsvertreter bis zum Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung.

ERLÄUTERUNG: In Gesellschaften, deren Aktien an einer Börse kotiert sind, wählt die Generalversammlung einen unabhängigen Stimmrechtsvertreter. Dessen Amtsdauer endet jeweils mit dem Abschluss der nächsten ordentlichen Generalversammlung. Wiederwahl ist möglich. Die Amtsdauer des in der letzten Generalversammlung gewählten unabhängigen

Stimmrechtsvertreter, Ulrich B. Mayer, endet mit dem Abschluss der ordentlichen Generalversammlung vom 12. Mai 2023. Ulrich B. Mayer gewährleistet die gesetzlich geforderte Unabhängigkeit und der Verwaltungsrat schlägt vor, Ulrich B. Mayer für eine weitere Amtsdauer zu wählen.

9. KONSULTATIVABSTIMMUNG ZUM VERGÜTUNGSBERICHT 2022

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt, den Vergütungsbericht 2022 im Sinne einer unverbindlichen Konsultativabstimmung zu genehmigen.

ERLÄUTERUNG: Der Verwaltungsrat legt den Aktionären den Vergütungsbericht für das Geschäftsjahr 2022 zur konsultativen Abstimmung vor. Der Vergütungsbericht ist Teil des Geschäftsberichts. Detaillierte Informationen über das Vergütungssystem und die Entschädigung des Verwaltungsrats und der Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2022 finden Sie ab Seite 55 des Geschäftsberichts, der unter https://www.stadlerrail.com/media/pdf/stadler_geschaeftsbericht_2022_de.pdf verfügbar ist.

10. VERGÜTUNGEN

ERLÄUTERUNG: Die Generalversammlung genehmigt mit bindender Wirkung jährlich anlässlich der ordentlichen Generalversammlung den Maximalbetrag der Vergütungen an die Mitglieder des Verwaltungsrats und der Konzernleitung für das folgende Geschäftsjahr. Die Grundsätze der Vergütung für den Verwaltungsrat und die Konzernleitung sowie ihre Genehmigung durch die Generalversammlung sind in den Artikeln 24 bis 27 der Statuten beschrieben, welche unter https://www.stadlerrail.com/media/pdf/2021_0506_statuten_srail.pdf zugänglich sind.

10.1. Genehmigung der Vergütung für den Verwaltungsrat

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt, den maximalen Gesamtbetrag von CHF 2 Mio. der Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrates für das Geschäftsjahr 2024 zu genehmigen.

ERLÄUTERUNG: Die Vergütung der Mitglieder des Verwaltungsrats umfasst eine fixe Grundvergütung für die Tätigkeit im Verwaltungsrat und fixe Entschädigungen für den Vorsitz bzw. die Mitgliedschaft in Ausschüssen sowie die Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen.

10.2. Genehmigung der Vergütung für die Konzernleitung

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt, den maximalen Gesamtbetrag von CHF 9.5 Mio. der Vergütung der Mitglieder der Konzernleitung für das Geschäftsjahr 2024 zu genehmigen.

ERLÄUTERUNG: Die Vergütung der Mitglieder der Konzernleitung setzt sich zusammen aus einer fixen Vergütung, einer variablen Vergütung und weiteren Leistungen. Die variable Vergütung beinhaltet den maximalen Wert der variablen Vergütung unter der Annahme, dass alle Leistungsziele bis zum maximalen Auszahlungsfaktor erreicht werden. Die weiteren Leistungen enthalten die Arbeitgeberbeiträge an die Sozialversicherungen und die Pensionskasse sowie die Beiträge für Unfall und Krankheit. Daneben sind das Weihnachtsgeld sowie die Dienstaltersprämien enthalten.

11. ANPASSUNG DER STATUTEN

ANTRAG: Der Verwaltungsrat beantragt, die Statuten der Stadler Rail AG zu ändern, um sowohl die Anforderungen der auf den 1. Januar 2023 in Kraft getretenen Revision des Schweizerischen Aktienrechts zu erfüllen als auch aktuellen Best Practices im Bereich Corporate Governance Rechnung zu tragen.

Für die Erläuterung der Anträge und den Text der vorgeschlagenen revidierten Statuten wird auf die unter <https://www.stadlerrail.com/media/pdf/erlaeuterungen-des-verwaltungsrats.pdf> publizierte Broschüre «Erläuterungen des Verwaltungsrats zur Revision der Statuten» verwiesen.

- 11.1. Änderung von Artikel **2** der Statuten
- 11.2. Änderung der Artikel **4** und **5** der Statuten
- 11.3. Änderung von Artikel **6** der Statuten
- 11.4. Änderung der Artikel **11, 12, 13, 15, 17** der Statuten
- 11.5. Änderung der Artikel **20** und **21** der Statuten
- 11.6. Änderung der Artikel **27, 28** und **29** der Statuten

ORGANISATORISCHE HINWEISE

STIMMBERECHTIGUNG

Stimmberechtigt sind die am Dienstag 2. Mai 2023, nach Börsenschluss im Aktienbuch mit Stimmrecht eingetragenen Aktionäre der Stadler Rail AG. Vom Mittwoch 3. Mai 2023, bis und mit Freitag 12. Mai 2023, werden keine Eintragungen im Aktienbuch vorgenommen.

VOLLMACHTERTEILUNG

Ein Aktionär kann sich an der Generalversammlung mittels Erteilung einer schriftlichen Vollmacht an einen Dritten, der nicht Aktionär zu sein braucht, oder durch den unabhängigen Stimmrechtsvertreter, Rechtsanwalt Ulrich B. Mayer, Dorfstrasse 10, 8185 Winkel vertreten lassen. Vollmachten dürfen lediglich für eine Generalversammlung ausgestellt werden.

Für die Ausübung der Stimmrechte durch den unabhängigen Stimmrechtsvertreter gilt Folgendes:

» Alternativ zur Weisungserteilung durch das schriftliche Vollmachtsformular (Antwortformular) können Sie Ihre Weisung auch elektronisch erteilen via netvote-Portal (<https://stadlerrail.netvote.ch>). Das netvote-Portal ist bis am Mittwoch 10. Mai 2023, um 11.59 Uhr geöffnet. Ihre persönlichen Login-Daten können Sie dem Antwortformular entnehmen.

» Bei Blankounterzeichnung oder Nichtankreuzen von allgemeinen oder einzelnen Weisungsfeldern auf dem Vollmachtsformular, erteilen Sie Weisung an den unabhängigen Stimmrechtsvertreter, Ihre Stimmen gemäss den Anträgen des Verwaltungsrats auszuüben. Dies gilt auch für nicht angekündigte Anträge zu Verhandlungsgegenständen sowie für neue Verhandlungsgegenstände.

Bitte senden Sie das Antwortformular mit Ihren Instruktionen, eintreffend bis zum Freitag 5. Mai 2023, an Stadler Rail AG, c/o areg.ch ag, Fabrikstrasse 10, 4614 Hägendorf.

Die frühzeitige Rücksendung des Antwortformulars erleichtert dem Aktienregister die Vorbereitungsarbeiten zur Generalversammlung.

GESCHÄFTSBERICHT

Den vollständigen Geschäftsbericht 2022 finden Sie im Internet unter www.stadlerrail.com im Bereich «Investor Relations». Im Sinne der Nachhaltigkeit verzichtet Stadler bewusst auf den physischen Druck des Geschäftsberichts. Ein gedrucktes Exemplar des Geschäftsberichts sowie der Revisionsberichte liegen am Sitz der Gesellschaft (Stadler Rail AG, Ernst-Stadler-Strasse 1, 9565 Bussnang) zur Einsichtnahme durch die Aktionäre auf. Diese Unterlagen werden zudem allen am Dienstag 2. Mai 2023 nach Börsenschluss im Aktienregister der Stadler Rail AG eingetragenen Aktionären auf Wunsch elektronisch zugestellt.

Scannen Sie den QR-Code um direkt den Geschäftsbericht 2022 zu öffnen. Die Broschüre «Erläuterung des Verwaltungsrats zur Revision der Statuten» ist unter <https://www.stadlerrail.com/media/pdf/erlaeuterungen-des-verwaltungsrats.pdf> abrufbar.



AKTIONÄRSANTRÄGE ZU TRAKTANDIERTEN GEGENSTÄNDEN

Anträge von Aktionären zu traktandierten Gegenständen sind nur zulässig, wenn sie entweder vom Aktionär selbst oder von einem durch ihn beauftragten Individualvertreter an der Generalversammlung vorgebracht werden. Der unabhängige Stimmrechtsvertreter kann nicht als Individualvertreter in diesem Sinne eingesetzt werden.

TRANSPORT

Wir bitten die Aktionäre, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, da das Platzangebot auf dem Areal der Olma Messen beschränkt ist.

Bussnang, 30. März 2023

BEILAGEN

- » Antwortformular
- » Rückantwortcouvert

GENERALVERSAMMLUNG 2023

12. Mai 2023

16.00 Uhr (Türöffnung um 14.30 Uhr)

Olma Messen | Halle 9 (Haupthalle)

CH-9008 St. Gallen

Stadler Rail AG

Ernst-Stadler-Strasse 1

CH-9565 Bussnang

T +41 71 626 86 47

ir@stadlerrail.com

www.stadlerrail.com

STADLER